DIE ENTWICKLUNG

DER

GROSSSTÄDTISCHEN BEVÖLKERUNG

IM GEBIETE DES

DEUTSCHEN REICHES

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER

STAATSWISSENSCHAFTLICHEN DOKTORWÜRDE

EINGEREICHT BEI DER

RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER

KAISER-WILHELMS-UNIVERSITÄT STRASSBURG

VON

NATHANAEL BRÜCKNER
aus Karlsruhe

TÜBINGEN 1890
H. LAUPP'SCHE BUCHHANDLUNG

DIE ENTWICKLUNG

DER

GROSSSTÄDTISCHEN BEVÖLKERUNG

IM GEBIETE DES

DEUTSCHEN REICHES

INAUGURAL-DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER

STAATSWISSENSCHAFTLICHEN DOKTORWÜRDE

EINGEREICHT BEI DER

RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT

DER

KAISER-WILHELMS-UNIVERSITÄT STRASSBURG

VON

NATHANAEL BRÜCKNER
aus Karlsruhe

TÜBINGEN 1890
H. LAUPP'SCHE BUCHHANDLUNG

Quellen-Verzeichnis.

Statistik des Deutschen Reichs. Herausgegeben vom kaiserlichen statistischen Amt. — Preussische Statistik. Amtliches Quellenwerk. Herausgegeben in zwanglosen Heften vom königl. statistischen Bureau in Berlin. — Zeitschrift des königl. preussischen statistischen Bureaus. Berlin 1861 ff. — Bayerische Statistik. Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern. München 1852 ff. — Zeitschrift des königl. bayerischen statistischen Bureaus. München 1869 ff. — Zeitschrift des königl. sächsischen statistischen Bureaus. Dresden 1855 ff. — Kalender und statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen. Dresden 1873 ff. — Jahrbuch für die amtliche Statistik des preussischen Staates. I—V. Berlin 1863–1883. — Statistisches Handbuch für den preussischen Staat. I. Band. Berlin 1888. — Gemeinde-Lexikon für das Königreich Preussen. Auf Grund der Materialien der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 bearbeitet vom königl. statistischen Bureau. Berlin 1888. — Die Gemeinden und Gutsbezirke des preussischen Staates. Auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1871. Berlin 1873 f. — Statistik des Hamburgischen Staates. Zusammengestellt im statistischen Bureau der Deputation für direkte Steuern. Heft I—XIV. Hamburg 1867 ff. — Jahrbuch für die amtliche Statistik des bremischen Staates. (Jahrbuch für bremische Statistik) Bremen 1868 ff. — Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Stuttgart 1861 ff. — Die Berliner Volkszählung vom 3. Dezember 1861. Bericht der städtischen Zentral-Kommission für die Volkszählung. Berlin 1863. — Dieselbe für

---

1) Die nachstehende Abhandlung ist unter der Leitung des Herrn Professor Dr. Knapp im staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Strassburg geschrieben. Ich benutze die Gelegenheit der Veröffentlichung, um meinem hochverehrten Lehrer für die vielfache Anregung und Förderung, die er mir jederzeit in hohem Masse zu teil werden liess, meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Der Verfasser.

1864 Berlin 1866. — Die Berliner Volkszählung vom 3. Dezember 1867. Bearbeitet, erläutert und graphisch dargestellt von Dr. H. Schwabe. Berlin 1869. — Die königl. Haupt- und Residenzstadt Berlin in ihren Bevölkerungs-, Berufs- und Wohnungsverhältnissen. Bearbeitet von Dr. H. Schwabe. Berlin 1874. — Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin. Im Auftrage etc. herausgegeben von Richard Böckh. 4 Hefte. Berlin 1878 ff. (Abkürzung Böckh 1875.) — Dieselbe für 1880. 3 Hefte. Berlin 1883 ff. (Abkürzung Böckh 1880.) — Dieselbe für 1885. 1. Heft. Berlin 1890. (Böckh 1885) — Die Bewegung der Bevölkerung der Stadt Berlin in den Jahren 1869—1878. Im Auftrage etc. herausgegeben von Richard Böckh. Berlin 1884. (Abkürzung Böckh, Bewegung der Bevölkerung.) — Berliner Stadt- und Gemeindekalender für 1867 und 1868. Berliner städtisches Jahrbuch. Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. 1868 ff. Mitteilungen des statistischen Bureaus (Amtes) der Stadt Leipzig. Herausgegeben von G. F. Knapp (I—VIII) Sonnenkalb (IX) Hasse X ff. Leipzig 1868 ff. — Mitteilungen des statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. (Beiträge zur Statistik der (freien) Stadt Frankfurt a. M.) Frankfurt 1858 ff. — Mitteilungen des statistischen Bureaus der Stadt Dresden. Heft I—V. Herausgegeben von R. Jannasch. Dresden 1875 ff. — Breslauer Statistik. Im Auftrage des Magistrates der königl. Haupt- und Residenzstadt Breslau herausgegeben vom statistischen Amt der Stadt. Breslau 1877 ff. — Mitteilungen des statistischen Bureaus der Stadt München. München 1876 ff. — Mitteilungen des statistischen Bureaus der Stadt Chemnitz. Herausg. von Medizinalrat Dr. M. Flinzer. Chemnitz 1873 ff. — Magdeburger (Magdeburgische) Statistik. Im Auftrage des Magistrates der Stadt Magdeburg herausg. vom statistischen Bureau der Stadt. Bearbeitet von Otto Lackner. Magdeburg 1886 ff. — Mitteilungen über den Stand und die Verwaltung der Stadt Köln. Herausgegeben vom statistischen Bureau im Auftrage des Oberbürgermeisters. Köln 1883 ff. — Statistische Mitteilungen über Elsass-Lothringen. Herausgegeben vom statistischen Bureau des kaiserl. Ministeriums für Elsass-Lothringen. Strassburg 1873 ff. — Verwaltungsberichte der Städte: Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau, Magdeburg, Altona, Düsseldorf, Krefeld, Barmen, Aachen, Nürnberg, Dresden, Leipzig [1]), Chemnitz, Stuttgart.

Einleitung.

Während im Anfange dieses Jahrhunderts die Bevölkerung unseres Vaterlandes wesentlich als Landbevölkerung in kleinen Orten zerstreut wohnte, hat sich in den vergangenen 80 Jahren ein immer stärkeres Hervortreten der städtischen Ansiedlungen gezeigt, so dass dieselben jetzt schon in weiten Teilen des Reiches überwiegen. In der jüngsten Zeit ist diese Entwicklung noch eine Stufe weiter fortgeschritten, indem sich Bevölkerungsmittelpunkte gebildet haben, die Hunderttausende, ja Millionen von Menschen in sich vereinigen: die sog. Grossstädte.

---

1) Darunter Verwaltungsbericht für 1866—1877. 3. Heft. Die Stadt Leipzig und ihre Umgebung, geographisch und statistisch beschrieben, herausg. von Ernst Hasse. Leipzig 1878. (Abkürzung Hasse, Leipzig.)

Was man unter einer Grossstadt verstehen soll, könnte fraglich sein. Indes hat sich für statistische Untersuchungen die Uebung herausgebildet, eben alle diejenigen Städte als Grossstädte zu bezeichnen, die 100 000 und mehr Einwohner zählen. Solcher wies das Reich bei der letzten Volkszählung (vom 1. Dezember 1885) 21 auf, nämlich — nach ihrer in der Statistik gebräuchlichen Reihenfolge — in Preussen 12: zunächst die beiden Seestädte des Nordostens, zugleich Provinzialhauptstädte von Ost- und Westpreussen, Königsberg und Danzig, sodann Berlin, ferner Breslau, die Hauptstadt der volkreichsten Provinz des preussischen Ostens, Stapelplatz des östlichen Binnenhandels; gehen wir nach Sachsen, so finden wir Magdeburg, den Mittelpunkt des Elbhandels, dann in Schleswig-Holstein Altona, in Hannover die ehemalige Landeshauptstadt, in Hessen-Nassau Frankfurt am Main, endlich im Rheinland Köln als Mittelpunkt, ferner Düsseldorf, Elberfeld und Barmen, letzteres ausschliesslich Industriestädte, ersteres gross durch Industrie wie durch Handel. In Bayern treffen wir München und Nürnberg, in Sachsen Dresden, Leipzig und Chemnitz, in Württemberg Stuttgart; es schliessen sich an die beiden selbständigen Stadtstaaten Hamburg und Bremen, endlich im Reichslande Strassburg. Ueberblicken wir sie nochmals, so sind es meist Mittelpunkte von preussischen Provinzen bezw. mittleren Bundesstaaten. Dazu kommen einzelne Handels- und Industrieplätze.

Seit 1885 sind aber in die Reihe dieser Städte noch drei hinzugetreten, einerseits Stettin, andererseits zwei weitere rheinische Industrieorte, Krefeld und Aachen; bei Halle steht wohl demnächst ein Ueberschreiten der kritischen Zahl von Einwohnern bevor, so dass es in eine Untersuchung über die Grossstädte füglich einbezogen werden kann.

Verfolgt man nun rein äusserlich diese Orte nach ihrer Bevölkerungsgrösse bis in den Anfang unseres Jahrhunderts, so ergibt sich, dass damals die Entwicklung derselben noch weit zurückstand. In einer Zeit, da London von der ersten Million schon nicht mehr weit entfernt war (1801: 864 000), zählte Berlin erst 173 440 Einwohner, und Hamburg überschritt gerade eben die ersten 100 000. Selbst im Jahre 1816, da nach dem Kriege wieder eine Bevölkerungssteigerung zu bemerken ist, hatten nur wenige der andern mehr als 50 000 Einwohner, nämlich Breslau, Königsberg, Danzig, Köln, Dresden und München, während die übrigen meistens unter 30 000 standen, einige sogar noch nicht 20 000 hatten.

Ein Vergleich des Jahres 1816 mit 1885 lehrt, dass in den zwischenliegenden 69 Jahren die Mehrzahl der genannten Städte ihre Bevölkerung auf das vierfache gebracht, anders ausgedrückt zweimal verdoppelt, haben. Diese erstaunliche Vergrösserung lässt sich nur einigermassen

beurteilen, wenn man ihr die Vermehrung im Gebiete des jetzigen Reiches überhaupt gegenüberstellt. Im Jahre 1816 lebten auf demselben 24 831 396 Menschen, 1885 46 855 704, d. h. noch nicht doppelt so viel. Immer grössere Teile der Bevölkerung sind demnach von jenen wenigen Zentren aufgesogen worden, und zwar umfassten sie im Jahre 1816 erst 4.4, 1885 dagegen 10.5 % der ganzen Einwohnerzahl des Gebietes.

Von den beiden Verdoppelungen, welche die meisten unserer Städte erfahren haben, ist jedoch keineswegs die frühere in kürzerer Zeit vor sich gegangen als die spätere, wie man mit Rücksicht auf die Zunahme der Volkszahl des Landes überhaupt erwarten sollte. Die Länge beider Verdoppelungsperioden verhält sich vielmehr etwa wie 5 : 3. Die gleiche Thatsache findet einen anderen Ausdruck, wenn wir ermitteln, dass Anfangs der 60er Jahre die Bewohner der heutigen Grosstädte 6.6 % der Bevölkerung des jetzigen Reichsgebietes ausmachten. Und doch hatten selbst 1861 erst 6 Städte mehr als 100 000 Einwohner.

Die eigentliche grossstädtische Entwicklung fällt also in den Zeitraum von 1861 bis 1885, so dass eine Beschränkung der Untersuchung auf dieses letzte Vierteljahrhundert angezeigt erscheint.

I.

Die Stärke der Zunahme der grossstädtischen Bevölkerung.

Seit dem Jahre 1861 haben im Gebiete des heutigen Deutschen Reiches sieben Volkszählungen stattgefunden, nämlich die drei Zollvereinszählungen, welche in den Jahren 1861, 1864 und 1867, jeweils am 3. Dezember, ausgeführt wurden, und die vier Volkszählungen im Deutschen Reich vom 1. Dezember der Jahre 1871, 1875, 1880 und 1885.

Während die letzteren Aufnahmen in allen Städten, die wir in unsere Untersuchung einbeziehen, nach einheitlicher Vorschrift geschahen, ergeben sich für die vor der Gründung des Reiches erfolgten einzelne nicht unwichtige Abweichungen und zwar nicht bloss bei Strassburg, dessen Zugehörigkeit zu Frankreich eine solche Verschiedenheit erklärt, sondern auch bei den Hansestädten einerseits, den bayerischen Grossstädten, München und Nürnberg, andererseits.

Die entsprechenden französischen Zählungen, die für Strassburg in Betracht kamen, fanden am 1. Juni 1861 und am 20. Mai 1866 statt. In den Hansestädten musste am 3. Dezember 1867, obwohl sie nicht im Zollvereinsgebiete lagen, die Bevölkerung ermittelt werden, da sich nach der Grösse derselben das von ihnen zu zahlende Zollaversum berechnete. Auch hat Bremen am 3. Dezember 1864 eine Volkszählung veranstaltet, dagegen ist dort am 3. Dezember 1861 nicht gezählt worden, so dass die einige Monate später erfolgte Zählung vom

16. Februar 1862 benützt werden musste. In Hamburg vollends sind wirkliche Volkszählungen vor 1866 nicht ausgeführt worden, da die Erhebungen, welche das Bürgermilitär alljährlich vornahm, als solche nicht anzuzehen sind [1]).

Für München und Nürnberg ergeben sich Schwierigkeiten aus der eigentümlichen Art der Ermittlung der Militärbevölkerung, wie sie bei den Zollvereinszählungen in Bayern geschah. Darüber schreibt Mayr [2]):

»Nach dem bisher in Bayern beobachteten Zählungsverfahren setzt sich die Gesamtbevölkerung der Garnisonsorte aus der nach Zollvereinsvorschrift ermittelten Zivilbevölkerung und aus der nach der Garnisonsangehörigkeit festgestellten Militärbevölkerung zusammen. Nicht bloss die bei der Zählung anwesenden Militärpersonen, sondern alle nach dem früheren Wehrsysteme mit 6jähriger Dienstpflicht den an einem bestimmten Orte garnisonierten Abteilungen angehörigen, wenn auch seit lange beurlaubten und anderswo sich aufhaltenden aktiven Militärpersonen (einschliesslich ihrer Familienmitglieder) gehören zur Militärbevölkerung des Garnisonsortes und dürfen deshalb an den Orten ihres Aufenthaltes gar nicht in die Zählungslisten aufgenommen werden. In den grossen Städten, in welchen zahlreiche Heeresabteilungen garnisonieren, ist demnach bisher lediglich eine rechtliche, die faktische weit übersteigende Militärbevölkerung ermittelt worden. Einige Kompensation wird nur dadurch bewirkt, dass die in diesen Städten sich aufhaltenden beurlaubten und anderswo garnisonsangehörigen Militärpersonen zu deren Bevölkerung nicht gerechnet wurden.«

Nur so ist es erklärlich, dass in München die Militärbevölkerung in den drei Zählungsjahren 1861, 1864 und 1867 auf 23 479, bezw. 23 738, bezw. 24 859 Personen, in Nürnberg auf 4644, bezw. 4784, bezw. 5629 Personen berechnet wurde. Es ist jedoch nicht möglich, festzustellen, wie stark die Differenz zwischen dieser garnisonsangehörigen und der ortsanwesenden Bevölkerung gewesen ist, und wie weit diese Differenz durch Anwesenheit von, anderen Garnisonen zugezählten, Militärpersonen ausgeglichen wurde, so dass die Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse wesentlich gestört, wenn nicht ganz aufgehoben wird.

Gegenstand der Zählung war in den Zollvereinsaufnahmen zwar vor allem die sogenannte Zollabrechnungsbevölkerung, doch wurde regelmässig — abgesehen von Bayern — auch die ortsanwesende Bevölkerung ermittelt, so dass wir uns auf die letztere stützen können. Nur in Bremen konnte für die Jahre 1862 und 1864 lediglich die Wohnbevölkerung herangezogen werden, welche indessen wenig von der ortsanwesenden abgewichen sein wird [3]).

Ein weit grösseres Hindernis für die Vergleichung der Zählungsergebnisse bilden die Veränderungen, welche die einzelnen Stadtgebiete im Laufe der 24 Jahre erfahren haben. Für die 21 in der Bearbeitung

1) Stat. des Hamb. Staates. Heft II. S. II.

2) Ztschr. des königl. bayr. statist. Bureau. Jahrg. I. S. 79.

3) Im J. 1867 betrug die ortsanwesende Bevölkerung 74 945, die Wohnbevölkerung 74 574 Personen.

der 1885er Zählung seitens des kaiserlichen statistischen Amtes als Grossstädte behandelten Orte wurden die Seite 38 f. [1]) enthaltenen Zahlen, welche die Bevölkerung für die Zählungen von 1867 bis 1885 nach dem Gebietsstande von 1885 feststellen, einfach übernommen. Dabei ergab sich, dass der Reichsstatistik eine Gebietserweiterung der Stadt Bremen, die zwischen 1871 und 1875 erfolgt ist, entgangen war. Es handelt sich um die Einverleibung des Bezirkes Buntenthorsteinweg, dessen Wohnbevölkerung im Jahre 1871 4761 Köpfe betrug. Die sonstigen Zeiträume, soweit also die Reichsstatistik nicht benützt werden konnte, wurden so sorgfältig als möglich nach der Gebietsgrösse untersucht, so dass ein Fehler sich wohl kaum wird eingeschlichen haben, ohne dass indes eine sichere Gewähr übernommen werden könnte. Bei Aufstellung der Tabelle I, welche die Ergebnisse der einzelnen Aufnahmen, sowie die in den Volkszählungsabschnitten eingetretene Zunahme darstellt, sind nun die nachstehenden Gebietsveränderungen berücksichtigt worden: Königsberg: Tragheimer Palve zwischen 1871 und 1875 mit (1867) 57 Einwohnern; Danzig: Schillingsfelde zwischen 1871 und 1875 mit (1867) 1098 Bewohnern; Berlin: Teile von Lichtenberg zwischen 1871 und 1875, Bellevue mit Tiergarten zwischen 1880 und 1885 mit zusammen (1867) 1592 [2]) Bewohnern; Breslau: mehrere Ortschaften zwischen 1867 und 1871 mit (1867) 14350 Bewohnern; München: Untersendling 1. Januar 1876 mit (1875) 5805 Bewohnern.

Nach dem Vorgange der Reichsstatistik wurden diese Einverleibungen in der Weise beachtet, dass bei den Zahlen von 1867 bis 1885 diese Teile stets zugezählt wurden, was für 1861 und 1864 aber nicht möglich war. Die Verhältniszahlen beziehen sich also für die beiden Abschnitte 1861/64 und 1864/67 räumlich auf etwas andere Gebiete als für die späteren Perioden, ohne dass hieraus aber eine Ungenauigkeit hervorgegangen sein dürfte.

Die weiteren Einverleibungen, nämlich bei 1. Frankfurt: Bornheim zwischen 1875 und 1880, 2. Chemnitz: Schlosschemnitz zwischen 1875 und 1880 und 3. Bremen (vgl. oben): zwischen 1871 und 1875, wurden für alle sieben Zählungsjahre zugerechnet, so dass hier also alle Verhältniszahlen durchaus dieselben Gebiete betreffen. Eine Einverleibung, die in Düsseldorf zwischen 1864 und 1867 stattfand, konnte nicht näher festgestellt, die Stärke der Zunahme überhaupt also nicht ermittelt werden.

Ausserdem bedarf noch der Erwähnung, dass für Magdeburg bei allen Zählungen der ganze Stadtkreis, der seit 1885 nun auch zu einem einzigen Stadtgebiet vereinigt worden ist [3]), in Ansatz kam und dass

1) Statistik des Deutschen Reiches. N. F. Bd. 32.

2) Rechnungsmässig angenommen, vergl. St. d. D. R. N. F. Bd. 32. S. 48* l. u.

3) 1/IV. 1886 wurde Neustadt-Magdeburg, 1/IV. 1887 Buckau mit Magdeburg vereinigt.

bei Hannover jeweils der eng verbundene Vorort Linden zugezählt wurde, weil mir für die 60er Jahre getrennte Zahlen für die Hauptstadt allein nicht vorlagen.

Mit Berücksichtigung der angeführten Gebietsveränderungen und bei Strassburg und Bremen auch der besonderen Dauer der Zählungsabschnitte, sind dann — ebenfalls nach dem Vorgange der Reichsstatistik — die Verhältniszahlen, welche die Zunahme in den einzelnen Perioden zum Ausdruck bringen, berechnet worden, d. h. die überhaupt stattgefundene Zunahme, geteilt durch die Zahl der zwischenliegenden Jahre, wurde in Beziehung gesetzt zur mittleren Bevölkerung zwischen beiden Zählungen. Für die 60er Jahre konnte in den beiden bayerischen Städten hiebei nur die »Zivilbevölkerung« im Sinne der damaligen Zählvorschriften zugrundegelegt werden. Erhebliche Ungenauigkeit kann dadurch nur für diejenigen Zahlen eingetreten sein, welche die Zunahme bezeichnen, die zwischen 1867 und 1871 stattfand, da, wie oben ausgeführt, die 1867 gezählte Zivilbevölkerung hinter der wirklich vorhandenen zurückblieb.

Ehe nun auf die Besprechung der in der Tabelle enthaltenen Ergebnisse eingegangen wird, mag ein Wort über die Vergleichbarkeit der einzelnen Städte hier Platz finden.

Es dürfte als bekannt vorauszusetzen sein, dass eine Uebereinstimmung zwischen dem wirtschaftlichen und dem verwaltungsrechtlichen Gebiete einer Stadt nur selten vorhanden ist. Aus früheren Perioden reicht da die auffallende Erscheinung in unsere Zeit herüber, dass Städte in so unmittelbarer Nähe von einander liegen, dass sie heute weder äusserlich noch auch in ihrem wirtschaftlichen Leben mehr zu unterscheiden sind, trotzdem die politische Sonderung sich erhalten hat. Man denke an Hamburg und Altona oder an Elberfeld und Barmen.

Heute macht sich eine nah verwandte, aber doch auch wieder deutlich verschiedene Erscheinung geltend. Die ausserordentlich starke räumliche Ausdehnung der Bevölkerungsmittelpunkte der Gegenwart bringt es mit sich, dass häufig der Stadtbezirk selbst, dessen Grösse ja vor langen Zeiten sich feststellte, nicht genug Raum zur Unterbringung der Menschen bietet. Je nachdem nun das Stadtgebiet eng oder weit ist, wendet sich die überschüssige Menschenzahl den nächsten Nachbargemeinden zu, bis allmählich der ganze zwischenliegende Raum bebaut ist; mehr und mehr verwischt sich der anfänglich ländliche Charakter des neuangefügten Stadtteils, wozu besonders die Gründung, bezw. Verlegung industrieller Anlagen in diese Aussenteile viel beiträgt: das Ganze wird eine einzige wirtschaftliche Gemeinschaft. In zahlreichen Fällen wurde im Laufe dieses Jahrhunderts dem genannten Vorgange dadurch Rechnung getragen, dass man die wirtschaftlich so eng zusammenhängenden Teile nun auch rechtlich zu einer Gemeinde ver-

Tafel I. Bevölkerungszahlen der deutschen Grossstädte bei den Volkszählungen

Städte	I. Einwohnerzahlen.				
	1861 (3. Dezbr.)	1864 (3. Dezbr.)	1867 (3. Dezbr.)	1871 (1. Dezbr.)	1875 (1. Dezbr.)
1	2	3	4	5	6
Königsberg i. Pr.	94 579	101 507	106 353	112 152	122 636
Danzig	82 765	90 334	90 409	90 141	97 931
Berlin	547 571	633 279	704 029	828 214	969 050
Stettin	*64 431*	*70 759*	73 667	76 280	80 972
Breslau	145 589	163 919	186 276	207 997	239 050
Magdeburg (Stadtkreis)	91 911	98 501	104 122	114 509	122 789
Halle a. S.	42 976	45 972	48 946	52 620	60 503
Altona	47 402	52 781	67 350	74 102	84 097
Hannover (mit Linden)	71 170	79 649	85 386	104 243	127 576
Frankfurt a. M.	*80 037*	87 110	83 507	97 437	113 221
Krefeld	*50 584*	*53 421*	*53 821*	57 105	62 905
Düsseldorf	41 292	44 297	63 389	69 365	80 695
Elberfeld	56 307	62 008	65 321	71 384	80 589
Barmen	49 787	59 544	64 954	74 449	86 504
Köln	120 568	122 162	125 172	129 233	135 371
Aachen	*59 941*	*63 811*	*68 178*	74 146	79 606
München	*148 759*	*167 054*	*172 652*	172 585	198 829
Nürnberg	*62 797*	*70 492*	*77 895*	83 214	91 018
Dresden	128 152	145 728	156 024	177 089	197 295
Leipzig	78 495	85 394	90 824	106 925	127 387
Chemnitz	48 951	59 238	63 689	75 039	85 334
Stuttgart	61 314	69 084	75 781	91 623	107 273
Hamburg	?	?	224 974	239 107	264 675
Bremen	69 926	73 640	78 306	87 568	102 532
Strassburg	82 014	?	84 167	85 654	94 306
Summe . .	*2 484 748*	*2 766 138*	*2 994 645*	3 352 181	3 812 144

einigte. So hat Berlin im Jahre 1861 eine bedeutende Erweiterung seines Weichbildes vorgenommen, Breslau folgte im Jahre 1868, Düsseldorf zwischen 1864 und 1867. München hat ebenfalls mehrere grössere Erweiterungen erfahren, und seit 1885 haben in Köln, Leipzig und Magdeburg solche stattgefunden. Mochten nun auch diese Einverleibungen umfassender Art sein, wie die eben erwähnten, und nicht bloss kleinere Gebietsteile betreffen, wie die in Königsberg, Danzig, Chemnitz, Frankfurt, Bremen u. a. geschehenen, so liegt doch auf der Hand, dass sie nicht für alle Zukunft die Ausdehnungsmöglichkeit dieser Städte erschöpften. Wir haben es ja gerade mit Orten zu thun, die ihre Bevölkerung im Laufe des Jahrhunderts ganz besonders vermehrt haben. Ferner sind die wirtschaftlich vielleicht nahe liegenden Erweiterungen der Stadtgrenzen sehr oft auch unterblieben, so dass die verschiedenen Teile eines ökonomisch einheitlichen städtischen Gebietes politisch verschiedene Gemeinden bilden. Am auffallendsten tritt

von 1861 bis 1885 nebst relativer Zunahme in den einzelnen Volkszählungsabschnitten

		II. Zunahmequotienten (berechnet auf je 1000 Köpfe der mittleren Bevölkerung und ein Jahr)						
1880 (1. Dezbr.)	1885 (1. Dezbr.)	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85	
7	8	9	10	11	12	13	14	
140 909	151 151	23.5	15.4	13.3	22.3	27.7	14.0	Königsberg
108 551	114 805	29.2	—3.9	—0.7	20.7	20.6	11.2	Danzig
1 122 330	1 315 287	48.4	34.5	40.5	39.2	29.3	31.7	Berlin
91 756	99 513	31.5	13.2	8.7	14.9	25.0	16.3	Stettin
272 912	299 640	39.5	15.9	27.5	34.7	26.5	18.7	Breslau
137 135	159 520	23.1	18.5	23.7	17.8	22.0	30.3	Magdeburg
71 484	81 982	22.5	28.8	18.1	34.4	33.3	27.4	Halle
91 047	104 291	35.8	38.4	23.9	31.6	15.9	27.9	Altona
145 227	165 301	37.4	23.2	49.7	50.3	25.9	25.9	Hannover
136 819	154 513	28.2	—14.1	38.5	37.5	37.8	24.3	Frankfurt
73 872	90 236	18.2	2.5	14.8	24.2	32.1	39.9	Krefeld
95 458	115 190	23.4	?	22.5	37.8	33.5	37.3	Düsseldorf
93 538	106 499	32.1	17.3	22.2	30.3	29.7	25.9	Elberfeld
95 941	103 068	59.5	29.0	34.1	37.4	20.7	14.3	Barmen
144 772	161 401	4.4	8.3	8.0	11.6	13.4	21.7	Köln
85 551	95 725	20.8	22.1	21.0	17.8	14.4	22.4	Aachen
230 023	261 981	44.9	5.8	28.0	35.3	29.1	26.0	München
99 519	114 891	40.7	31.7	27.4	22.4	17.8	28.7	Nürnberg
220 818	246 086	42.8	22.7	31.6	27.0	22.5	21.6	Dresden
149 081	170 340	28.1	20.5	40.7	43.7	31.4	26.6	Leipzig
95 123	110 817	63.4	24.2	40.9	40.3	21.7	30.5	Chemnitz
117 303	125 901	39.7	30.8	47.3	39.3	17.9	14.1	Stuttgart
289 859	305 690	?	?	15.2	25.4	18.2	10.6	Hamburg
112 453	118 395	18.5	18.9	27.9	39.4	18.5	10.3	Bremen
104 471	111 987		5.4	3.1	24.0	20.5	13.9	Strassburg
4 325 952	4 884 240	*35.7*	*22.0*	*28.2*	32.1	25.3	24.2	

diese Erscheinung, wie sich später zeigen wird, bei Hamburg, Stettin, Leipzig und bis vor kurzem bei Köln zu tage.

Beachtet man ferner, dass die einzelnen Teile einer Stadt, je nach der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung und dem Vorhandensein noch unbebauter Terrains, in sehr verschiedener Weise an der Zunahme der Bevölkerung teilnehmen, so kann es nicht entgehen, dass die Abgrenzung die Vergleichbarkeit der Stärke der Bevölkerungsvermehrung wesentlich beeinträchtigt. Mithin muss der Versuch gemacht werden, den wirtschaftlich möglichst genau zutreffenden Umkreis der Städte festzustellen und ihn, so weit es angeht, in die Untersuchung einzubeziehen [1]).

1) Das Bestreben, diese Vororte mit zu behandeln, wurde unterstützt durch das Vorhandensein mehrfacher einzelner Bearbeitungen, und zwar war es möglich für die drei Grossstädte Sachsens, sodann für Berlin, Hamburg und Breslau, auf vorhandene Untersuchungen zurückzugreifen Die ganze Frage ist seinerzeit von Engel angeregt

Keinesfalls darf man sich indes verhehlen, dass stets eine gewisse Ungenauigkeit bleibt. Die Nähe der grossen Stadt macht sich, je grösser und lebenskräftiger sie ist, in um so weiter entlegene Gebiete bemerkbar. Wie weit soll man da denjenigen Umkreis stecken, den man als vollständig ihr zugehörig bezeichnen möchte? Für die einzelne Stadt wäre es wohl das angemessenste gewesen, jedes vor den Thoren liegende Gemeinwesen im besondern darauf zu untersuchen, ob seine natürlichen Lebensbedingungen in ihm selbst liegen oder in der Grossstadt. Aber auch hiebei kann es nicht ausbleiben, dass sich Ortschaften finden, die gerade im Uebergang begriffen sind, die vielleicht äusserlich noch ganz ihren ländlichen Charakter festgehalten haben, während sich die Anziehungskraft der Stadt schon in einer teilweisen Veränderung der Berufsverhältnisse geltend macht. Die Frage wird noch besonders dadurch verwickelt, dass sehr häufig geringe Entfernungen die Städte von solchen Gemeinden trennen, welche offenbar ihre ganze Entwicklung nur der Nähe der Hauptstadt verdanken; hier ist es dann doch wohl richtiger, die Vorortseigenschaft anzunehmen, wogegen solche Orte wegfallen, welche nur darin ihre Abhängigkeit zeigen, dass sich Tag für Tag Scharen von Arbeitern, vielleicht auf Eisen- oder Strassenbahnen, zur Stadt begeben, um abends wieder zurückzukehren. Es dürfte bekannt sein, dass letztere Erscheinung ziemlich weit entlegene Ortschaften trifft, wenn die Verkehrsmittel eine bequeme und billige Beförderung erlauben.

Um nun eine möglichst gleichmässige Lösung der Frage anzubahnen, habe ich mich in den Fällen, wo eine Abgrenzung des Vorortsgebiets schwierig erschien, an die Magistrate gewandt und von ihnen

worden, welcher in Jahrg. 1855 Nr. 1 der Zeitschrift des königl. sächs. statist. Bureaus Leipzig mit Dresden und Chemnitz vergleicht und zu dem Schlusse kommt, dass die nähere Umgebung bei ersterer Stadt in viel engerer Abhängigkeit vom Mittelpunkt steht als bei den andern. Nach ihm hat Knapp die Entwicklung der Vororte Leipzigs behandelt und ihm folgend Hasse (Mittl. des statist. Bureaus der Stadt Leipzig. Hefte I. S. 23; 7. S. VII, XI, 20. u a. Hasse, Leipzig Verw. ber. von Leipzig 1885 und 1886. Sonderabdruck.) Böhmert hat dann auch Dresden und Chemnitz unter dem gleichen Gesichtspunkt untersucht (Zeitrchr. des königl. sächs. statist. Bureaus, Jahrg. 1876. S. 302.) Für Berlin hat Böckh die Bevölkerungszunahme des weiteren Polizeibezirks von Berlin seit Anfang des Jahrhunderts zur Darstellung gebracht (Böckh 1875 S. 1 bis 31). Ausserdem findet sich in der Zeitschrift des königl. preussischen statistischen Bureaus (Jahrg. 1883. Stat. Korr. S. XXXI) eine Zusammenstellung der Ortschaften im Umkreise Berlins, deren Zunahme sich auf die Nähe der Reichshauptstadt zurückführen lässt. Weiter hat Neefe die Bevölkerungsentwicklung des zweimaligen Umkreises von Breslau für den Zeitraum von 1867 bis 1885 erörtert (Breslauer Statistik. IX. S. 106. 117*.—XI. S. II. 2. 46). Endlich soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Hamburger Statistik die Vororte der Hauptstadt schon seit 1871 mit dieser zusammen als »städtisches Gebiet« behandelt. (Hamburgische Statistik VII. 124 ff. u a.)

eine Auskunft darüber erbeten, welche Ortschaften des Umkreises in so enger wirtschaftlicher Abhängigkeit stehen, dass man sie als Vororte, Grenz- oder Aussendörfer bezeichnen könnte. Die in der liebenswürdigsten Weise gegebenen Antworten waren meist so vollständig, dass danach unmittelbar der Vorortkreis aufgestellt werden konnte; bei andern schien die Auffassung der betreffenden Behörden etwas zu eng, so dass eine Ausdehnung auf einige Orte gleicher Entfernung wünschenswert erschien. Um möglichst einheitliche Angaben zu erhalten, wurde nun nach folgendem Grundsatz verfahren: Bei Städten von 100—150 000 Einwohnern wurden die Ortschaften in einem Umkreise von etwa 4 km vom Mittelpunkte der Stadt als solche wirtschaftlich abhängige Vororte angesehen, bei grösseren Gemeinwesen wurde dieser Kreis bis auf 6 und mehr Kilometer ausgedehnt, bei andern wurde die bereits vorliegende Bearbeitung benützt. In letzterer Richtung ist noch zu bemerken, dass bei Breslau nur der Umkreis einer halben Meile (= 3.75 km) hinzugenommen wurde; bei Leipzig schien es mit Rücksicht auf den Vergleich insbesondere mit Dresden und Chemnitz angezeigt, die Orte von mehr als 5 km Entfernnng wegzulassen und mehr bei der in der Zeitschrift des königl. sächs. statistischen Bureaus sich findenden Umgrenzung zu bleiben [1]). Für Berlin wurden die beiden erwähnten Abgrenzungen aufgenommen [1]).

Kontrolliert wurde die gedachte Regel dadurch, dass besonders beachtet wurde, ob die betr. Aussenorte in gleichem oder grösserem Masse an der Bevölkerungsentwicklung Anteil hatten als der Mittelpunkt, und ob sie sich aus dem weiteren Umkreise wesentlich heraushoben durch höhere Zunahmeziffern.

Nach diesen Erwägungen sind nun die Umgebungen der einzelnen Grossstädte für die Volkszählungen berechnet worden.

Bei Königsberg, Düsseldorf, Magdeburg und Krefeld wurde der Angabe der dortigen Magistrate gemäss keine ausserhalb des Stadtkreises liegende Ortschaft zugefügt; vielleicht hätte man für Düsseldorf Oberkassel berücksichtigen können, doch ist diese Ortschaft so unbedeutend (1885 992 Einwohner), dass sie gar nicht ins Gewicht fällt, jedenfalls bei keiner der Zunahmeziffern sich bemerkbar gemacht hätte. Elberfeld und Barmen erhielten ebenso keine bedeutende Vermehrung durch Beifügung der Gemeinden Sonnborn bezw. Langerfeld. Bei allen übrigen waren mehrere, zum Teil sehr zahlreiche, Vorortsgemeinden in Rechnung zu ziehen. Häufig entstand eine Schwierigkeit aus dem Unterschied zwischen Ortschaft und Gemeinde. Unter jenem versteht man jede räumlich getrennte und besonders benannte menschliche Ansiedelung, während die Gemeinde die umfassendere verwaltungsrechtliche Einheit ist. Bei den Bevölkerungsaufnahmen aber wird regelmässig nur die Gemeinde nicht aber die Ortschaft ausgezählt. Es

1) Vergl. oben Anm. 1. S. 143 f.

Tafel

Bevölkerungszahlen der deutschen Grossstädte einschliesslich ihrer wirtschaftlich eng jährlicher Zunahme derselben nach Volkszählungsabschnitten.

Städte	I. Einwohnerzahlen				
	1861	1864	1867	1871	1875
1	2	3	4	5	6
Königsberg	94 579	101 507	106 353	112 152	122 636
Danzig			*100 338*	101 401	110 816
Berlin (Polizeibezirk)	582 667	672 773	746 926	883 775	1 070 738
» (mit weiterer Umgeb.)			777 937	918 128	1 119 991
Stettin			*92 516*	98 219	110 087
Breslau			192 176	215 130	248 028
Magdeburg	91 911	98 501	104 122	114 509	122 789
Halle			*54 785*	59 387	69 703
Hannover			*92 000*	113 479	*138 938*
Frankfurt a/M.			*109 120*	127 738	*152 572*
Krefeld	50 584	53 421	53 821	57 105	62 905
Düsseldorf	41 292	44 297	63 389	69 365	80 695
Elberfeld			69 551	76 120	86 225
Barmen			70 218	79 828	92 027
Köln			*178 830*	194 773	225 716
Aachen			81 251	89 214	95 312
München			179 907	183 643	215 657
Nürnberg			81 866	88 034	101 535
Dresden	144 395	164 786	*185 000*	*215 000*	243 406
Leipzig	120 991	136 373	147 125	171 928	211 927
Chemnitz	64 380	75 705	82 563	97 840	113 678
Stuttgart			*91 848*	112 337	132 947
Hamburg/Altona			*361 694*	396 967	462 848
Bremen		80 079	85 398	95 779	112 856
Strassburg			*90 000*	95 847	105 601
Summe . .			*3 432 261*	*3 853 923*	*4 538 895*

war also nicht zu umgehen (z. B. bei Nürnberg Neu-Grossreuth), dass man die ganzen Gemeinden zuzählte, obwohl vielleicht nur ein Teil derselben wirklich Vorortsbevölkerung war, während der Rest als rein ländliche Ortschaft sich darstellte. Die Eigenschaft der Mehrheit gab dabei naturgemäss den Ausschlag.

Noch zwei Einzelpunkte bedürfen wohl der Erörterung. Erstens schien es angezeigt und bei den aufgestellten Grundsätzen folgerichtig für das zweitgrösste städtische Gebiet Deutschlands, den Handelsplatz an der Unterelbe, eine gemeinsame Aufstellung für Hamburg und Altona samt ihren beiderseitigen Vororten zu machen. Zweitens — und dagegen wird man vielleicht Bedenken erheben — deutete das besonders hervorragende Wachstum der Bevölkerung von Mülheim am Rhein und Cannstatt darauf hin, diese beiden Orte als Vororte Köln bezw. Stuttgart zuzuzählen [1] [2]).

1) Es mag hier daran erinnert werden, dass Zunahmeziffern, wie sie nach der

II.

abhängigen Vororte nach den Volkszählungen 1861 bis 1885 nebst durchschnittlicher berechnet auf je 1000 Köpfe der mittleren Bevölkerung.

		II. Zunahmequotienten.					
1880	1885	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
7	8	9	10	11	12	13	14
140 909	151 151	23.5	15.4	13.3	22.3	27.7	14.0
121 971	128 692			2.8	22.5	19.2	10.7
1 245 706	1 478 760	47.8	34.8	42.0	47.8	30.2	34.2
1 303 125	1 545 496			41.3	49.5	30.2	34.0
126 586	138 274			14.9	28.5	27.9	17.7
283 381	311 221			28.2	35.5	26.6	18.7
137 135	159 520	23.1	18.5	23.7	17.8	22.0	30.3
83 511	97 621			20.2	40.0	36.1	31.2
159 252	182 287				50.4	27.3	26.2
180 570	204 511			39.7	44.3	34.7	23.8
73 872	90 236	18.2	2.5	14.8	24.2	32.1	39.9
95 458	115 190	23.4	?	22.5	37.8	33.5	37.3
99 999	114 042			22.5	31.1	29.5	26.2
101 372	108 700			32.0	35.5	19.3	14.0
248 440	285 893				36.8	19.2	28.1
102 208	114 434			23.6	16.5	14.0	22.6
249 430	284 377			33.0	40.1	29.0	26.2
113 465	130 651			28.0	35.6	22.2	28.2
279 184	312 746	44.0				27.4	22.7
259 245	309 281	39.8	25.3	38.9	52.4	40.2	35.2
126 214	150 223	53.9	28.9	42.3	37.4	20.9	34.7
145 031	156 609				42.0	18.8	15.4
538 821	619 715			23.2	38.3	30.3	27.9
124 685	132 169		21.4	28.6	40.9	19.9	11.7
117 507	126 050				24.2	21.3	14.0
5 211 366	*5 969 089*			30.9	38.9	27.6	27.1

Auf Grund von Uebersichten für die einzelnen Städte ist nun die Tabelle II der Tabelle I entsprechend bearbeitet worden, und so wird

Reichsstatistik sich in den genannten Städten finden (für 1867/75 (6.03) bezw. 6.82 % im jährlichen Durchschnitt) überhaupt nur in vergleichsweise seltenen Fällen vorkommen. Von den Orten, die am 1. Dezember 1885 über 10 000 Bewohner zählten, haben nur 51 derart an Bevölkerung zugenommen. Darunter sind 24, an deren Vorortseigenschaft überhaupt nicht zu zweifeln ist, 15 andere sind inmitten unserer Hauptindustriebezirke gelegen, dann bleiben 8 Plätze, deren aussergewöhnliches Wachstum zum Teil auf besondere äussere Umstände zurückgeführt werden kann (Kiel, Wilhelmshaven, Cottbus, Forst — Vermehrung der Garnisonen —), endlich vier weitere, denen wir ebenfalls die Vorortseigenschaft beilegen möchten: die genannten Mülheim und Cannstatt, sowie Charlottenburg und Spandau. (Vergl. statist. Jahrbuch für d. D. R. 8. Jahrg. 1887. S. 8 ff.). Uebrigens beträgt die Entfernung der beiden ersteren von den Mittelpunkten ihrer Mutterstädte auch nur 4 km; für die Zeit der Dampf- und Strassenbahnen gewiss keine weite Strecke.

2) Eine Aufzählung der den einzelnen Städten zugerechneten Vororte möge

jetzt eine gleichmässige Besprechung beider möglich sein. Ein Vergleich derselben mit einander lehrt, dass für unsere Städte die Vororte von ganz verschiedener Bedeutung sind. In erheblicher Weise fallen sie ins Gewicht bei Stettin, Halle, Hamburg-Altona, Hannover, Frankfurt a. M., Köln, Aachen, Dresden, Leipzig, Chemnitz und Stuttgart;

---

hier folgen: Königsberg: —. Danzig: Ohra, Pietzkendorf, Zigankenberg, Hochstriess, Altdorf, Emaus, Heiligenbrunn, Bürgerwiesen, Schellmühl, Weichselmünde, Gross- und Klein-Walddorf, Troyl, Holm. Berlin: (engerer Kreis) Boxhagen-Rummelsburg, Weissensee mit Neu-Weissensee, Stralau, Lichtenberg mit Friedrichsberg, Wilhelmsberg und Kietz, Tegeler Forst, Plötzensee, Friedrichsfelde mit Carlshorst, Tegel, Reinickendorf, Schöneweide mit Neuscheune, Hohen-Schönhausen, Pankow, Heinersdorf, Nieder-Schönhausen mit Schönholz, Biesdorf, Spandauer Forst mit Grunewald, Schöneberg, Treptow, Tempelhof mit Hasenheide, Schmargendorf, Deutsch-Wilmersdorf, Rixdorf, Steglitz, Friedenau, Dahlem, Britz, Schöneweide mit Kanne, Bellevue mit Tiergarten, Stadt Charlottenburg; (weiterer Kreis) Dalldorf, Rosenthal (Dorf und Gut), Französisch-Buchholz, Blankenburg (Dorf und Gut), Malchow (Dorf und Gut), Falkenberg (Dorf und Gut), Marzahn, Stadt Spandau, Gut Haselhorst, Dorf Pichelsdorf, Dorf Zehlendorf, Wendisch Wilmersdorf (Dorf und Gut), Gross-Lichterfelde, Lankwitz, Stadt Teltow, Mariendorf, Stadt Köpenick. Stettin: Grabow, Bredow, Züllchow, Nemitz (Dorf und Gut), Pommerenzdorf, Frauendorf. Breslau: Rosenthal, Wilhelmsruh, Grüneiche, Morgenau, Dürrgoy, Herdain, Kleinburg, Gräbschen, Pöpelwitz. Magdeburg: —. Halle: Giebichenstein, Trotha, Böllberg, Cröllwitz. Hannover: Hainholz, Linden, Limmer, Döhren, Herrenhausen (Dorf und Schloss), Kirchrode, List, Ricklingen, Vahrenwald, Wülfel. Frankfurt a/M.: Oberrad, Niederrad, Fechenheim, Enkheim, Seckbach, Eckenheim, Eschersheim, Heddernheim, Ginnheim, Hausen, Rödelheim, Praunheim, Bockenheim. Griesheim. Krefeld: —. Düsseldorf: —. Elberfeld: Sonnborn. Barmen: Langerfeld. Köln. Ehrenfeld, Deutz, Longerich, Müngersdorf, Kriel, Kalk, Rondorf, Vingst, Efferen, Poll, Mülheim am Rhein. Aachen: Burtscheid, Haaren, Forst. München: Schwabing, Neuhausen, Bogenhausen, Thalkirchen, Nymphenburg. Nürnberg: Sündersbühl. Gibitzenhof, Glaishammer, Schoppershof, Wetzendorf, Grossreuth h. d. V. Dresden: Räcknitz, Trachenberge, Löbtau, Gruna, Blasewitz, Cotta, Weisser Hirsch, Strehlen, Pieschen, Klotzsche, Striesen, Plauen, Loschwitz; Kleinpestiz, Zschertnitz, Wölfnitz, Neu-Ostra, Nauslitz, Tolkewitz, Mockritz, Döltzschen, Briesnitz, Kaitz, Seidnitz, Koschütz, Mickten, Uebigau, Leubnitz, Trachau, Wachwitz, Niedergorbitz. Leipzig: Reudnitz, Neureudnitz, Thonberg, Anger, Crottendorf, Volkmarsdorf, Neuschönefeld, Neustadt, Sellerhausen, Neusellerhausen, Volkmarsdörfer Strassenhäuser; Gohlis, Möckern (mit Kaserne), Eutritzsch, Schönefeld, Stötteritz, Connewitz, Schleussig, Plagwitz, Lindenau; Abtnaundorf (mit Heiteren Blick), Stünz, Lösnig, Kleinzschocher, Leutzsch, Burgaue. Chemnitz: Schlosschemnitz, Gablenz, Bernsdorf, Furth, Hilbersdorf, Kappel, Schönau, Altchemnitz; Borna, Glösa, Heinersdorf, Oberhermersdorf, Niederhermersdorf, Reichenhain, Helbersdorf, Neustadt, Siegmar, Altendorf. Stuttgart: Cannstatt, Feuerbach, Gaisburg, Degerloch, Bothnang. Hamburg-Altona: (Städtisches Gebiet von Hamburg), Bahrenfeld, Othmarschen, Wandsbeck, Hinschenfelde, Stellingen, Ottensen. Bremen: Buntenthorsteinweg, Walle, Woltmershausen, Hastedt, Gröpelingen, Schwachhausen. Strassburg: Schiltigheim, Bischheim, Hönheim.

bei manchen lässt sich sogar feststellen, dass mehr als ein Viertel, ja bis zu vier Siebentel der ganzen städtischen Bevölkerung ausserhalb des eigentlichen Stadtgebietes wohnt, und zwar trifft dieses zu für Stettin, Chemnitz, besonders aber Köln [1]), Hamburg-Altona und Leipzig [1]). Dann sind alle möglichen Abstufungen vertreten bis zu gänzlichem Mangel einer Vorortsbevölkerung.

Leider war es mir nun nicht möglich, alle Vororte für alle Zählungen nach ihrer Bewohnerzahl zu ermitteln, nur die Jahre 1871 und 1885 sind unmittelbar vergleichbar [2]). Die Verhältniszahlen konnten aber ohne bemerkbare Ungenauigkeit unter Weglassung der nicht bekannten, meist sehr unbedeutenden Orte berechnet werden, so dass nach dieser Richtung wenigstens für die Jahre 1867 bis 1885 eine gewisse Vollständigkeit erzielt ist.

In erster Linie wollen wir die grossstädtische Bevölkerung überhaupt für die einzelnen Zähljahre vergleichen. Ein solcher Vergleich ist aber nur möglich, wenn die nicht bekannten Vororte ergänzt werden, das ist bei der Uebersicht II geschehen und dann durch schrägen Druck angemerkt worden. Bei den hohen Zahlen, um die es sich hier handelt, kann begreiflicherweise ein Irrtum, selbst wenn er einige Tausende beträfe, nichts ausmachen. Uebrigens ist im allgemeinen nur die Ergänzung von Orten unter 2000 Einwohnern notwendig gewesen, und nur für München und Nürnberg, wo eine Schätzung der ortsanwesenden Bewohnerschaft notwendig wurde [3]), handelt es sich um grössere Zahlen. Es wurde dabei angenommen, dass der Militärstand der beiden genannten Städte, in den 60er Jahren etwa gleich dem von 1871 war, und dann eine dem Grössenverhältnis dieser Orte entsprechende Kompensation solcher Elemente beigefügt, die als beurlaubte Militärpersonen sich daselbst mögen aufgehalten haben. So unsympathisch ein solcher Sprung ins Dunkle uns auch ist, schien es im Hinblick auf das zu erzielende Ergebnis und den möglicherweise zu machenden Fehler erlaubt. Auf diese Weise finden wir nun für die grossstädtische Bevölkerung unseres Vaterlandes folgende Zahlen:

Einwohnerzahl der Grossstädte:

Jahre	ohne Vororte	mit Vororten
1861	2 484 748	?
1864	2 766 138	?
1867	2 994 645	ca 3 432 261
1871	3 352 181	» 3 883 923
1875	3 812 144	» 4 538 895
1880	4 325 952	» 5 211 366
1885	4 884 240	» 5 969 089

1) Nach der noch 1885 zu Recht bestehenden früheren Abgrenzung.

2) Es fehlt da nur die Vorortsbevölkerung bei Dresden 1871.

3) Vergl. oben S. 139.

Ganz abgesehen davon, dass im Jahre 1861 ein sehr erheblicher Teil dieser Bevölkerung durchaus nicht als grossstädtisch bezeichnet werden konnte, sondern erst später mit der kräftigeren Entwicklung der Stadt dazu wurde, sieht man aus dieser Zusammenstellung, dass die Bevölkerung der heutigen Grossstädte seit 1861 auf das doppelte gestiegen ist, und wenn wir uns für 1861 die Bevölkerung mit Einschluss der Vororte ergänzt denken, so erhöht sich dieser Zunahmefaktor noch auf etwa $^7/_3$.

Auch zeigen diese Zahlen sehr klar, wie die Vorortsbevölkerung immer mehr ins Gewicht fällt, die 1867 ca 450 000, 1885 dagegen 1 100 000 Menschen betrug, ihrerseits also in den letzten 18 Jahren allein auf das $2^1/_2$fache anwuchs und von einem Achtel, welches sie im Jahre 1867 ausmachte, sich 1885 auf ein Sechstel erhoben hatte.

Verteilt man die Zunahme auf die einzelnen Zählungsabschnitte, so ergibt sich auf 1000 Köpfe der mittleren Bevölkerung nachstehende durchschnittliche jährliche Zunahme:

Perioden	ohne Vororte	mit Vororten
1861/64	35.7 Promille	Promille
1864/67	22.0 »	
1867/71	28.2 »	30.9 »
1871/75	32.1 »	38.9 »
1875/80	25.3 »	27.6 »
1880/85	24.2 »	27.1 »

Die höchste Zunahme findet sich in den drei ersten Jahren und man darf hinzufügen, dass diese Steigerung schon im vorausgehenden Triennium (1858 bis 1861) vorhanden war. Weniger günstig für die Bevölkerungsentwicklung war die folgende Periode von 1864 bis 1867, sie weist die geringste Zunahmeziffer auf; der bekannte Zuzug in die Städte in den Jahren 1867 bis 75 tritt dann in auffallender Erhöhung der Zunahmeziffern zu tage, während seit 1875 wieder ein sehr erheblicher Rückgang im Wachstum zu bemerken ist.

Ferner ist es lehrreich, zu sehen, wie die Vorortsbevölkerung zwar in allen Perioden stärker wuchs als die Bevölkerung der Städte selbst, wie aber besonders der Abschnitt 1871/75 in dieser Beziehung hervorragt. Offenbar hat die damals in so vielen Städten beobachtete akute Wohnungsnot gerade zur Entwicklung der Aussenorte geführt.

Wenn sich übrigens diese grossstädtische Bevölkerungsvermehrung deutlich abheben soll, wird es nötig sein, einen Vergleich zwischen ihr und der Bevölkerungssteigerung des Reiches überhaupt zu ziehen. Zunächst sei daher die erstere zahlenmässig der letzteren gegenübergestellt:

Zählung	Bevölkerung: der Städte allein	der Städte u. ihrer Vororte	des Gebietes des Reichs
1861	2 484 748	?	38 137 410
1864	2 766 138	?	39 389 904
1867	2 994 645	3 432 261	40 088 825
1871	3 352 181	3 883 923	41 058 792
1875	3 812 144	4 538 895	42 727 360
1880	4 325 952	5 211 366	45 234 061
1885	4 884 240	5 969 089	46 855 704

In den bezeichneten 24 Jahren haben die Grossstädte ihre Bevölkerung auf das Doppelte gebracht, wogegen dem Reiche nur etwas über $^1/_6$ seiner Bewohnerzahl von 1861 zugewachsen ist. Von der ganzen Zunahme, welche das Reich erfuhr (8 718 294 Köpfe), kamen $^8/_{11}$ auf jene Städte allein (2 399 792 Köpfe), — und bei Hinzunahme der Vororte werden es gewiss $^8/_8$ sein —, obwohl sie doch durchschnittlich nur $^1/_{10}$ der Bevölkerung enthielten.

Im einzelnen betrachtet, machte die grossstädtische Bevölkerung in nebenstehenden Jahren folgende Teile der Gesamtbevölkerung aus:

Jahre	ohne Vororte	mit Vororten
1861	65.1 Promille	?
1864	70.2 »	?
1867	74.7 »	85.6 Promille
1871	81.6 »	94.6 »
1875	89.2 »	106.1 »
1880	95.6 »	115.2 »
1885	104.3 »	127.4 »

Während im Jahr 1861 erst $^1/_{15}$ bis $^1/_{14}$ der Bevölkerung auf dem Gebiete des jetzigen Deutschen Reiches in den bezeichneten Städten wohnte, war es im Jahr 1885 schon $^1/_{10}$ und bei Berücksichtigung der Vororte ein volles Achtel.

Dieselbe Thatsache muss natürlich zum Ausdruck gelangen, wenn man die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme im Reiche überhaupt und in den Grossstädten insbesondere sich gegenüberstellt. Da findet sich auf 1000 Köpfe der mittleren Bevölkerung berechnet:

Zählungsperioden	Zunahme der Bevölkerung der Städte ohne Vororte	mit Vororten	des Reiches
1861/64	35.7	—	10.8
1864/67	22.0	—	6.6
1867/71	28.2	30.9	5.9
1871/75	32.1	38.9	10.0
1875/80	25.3	27.6	11.4
1880/85	24.2	27.1	7.0

Im allgemeinen ist also die Zunahme der Städte mehr als 3 mal so stark als die des Reiches überhaupt. Eigentümlich aber ist, dass die Bevölkerungsvermehrung im Reiche einerseits und jenen Städten andererseits einen durchaus nicht parallelen Gang genommen hat. Nur im allgemeinen trifft es zu, dass die Perioden mit grosser Zunahme in beiden sich ungefähr decken. Während aber die Zunahme im Reiche ihre höchsten Ziffern von 1875 bis 1880 zeigt, hat diese Periode bei den Städten entschieden eine untergeordnete Stellung, und einen Gegensatz dazu bildet die Periode 1867/71. Auch ist sehr auffallend, dass die Bevölkerungssteigerung im Reiche viel grösseren Schwankungen unterworfen ist. Maximum und Minimum verhalten sich annähernd wie 2 : 1, bei den Städten dagegen nur etwa wie 5 : 3. Man darf aber nun ja nicht schliessen wollen, dass dieses Ergebnis auf andere Zeitperioden zu übertragen wäre.

Alle die angeführten Punkte beweisen aufs deutlichste, wie heutzutage gerade die Entwicklung der grossen Städte als bevölkerungssteigernder Faktor in Betracht kommt. Es möge hier ein kurzer Seitenblick auf die andern Städte erlaubt sein, worüber die Reichsstatistik äusserst interessanten Aufschluss gibt.[1]). Wie bekannt, teilt dieselben alle Orte in 5 Grössenklassen ein, nämlich 1. Landorte, unter welchen sie alle Orte von weniger als 2000 Bewohnern versteht, 2. Landstädte, von 2 bis 5000 Bewohnern, 3. Kleinstädte, von 5 bis 20 000 Bewohnern, 4. Mittelstädte, von 20 bis 100 000 Einwohnern, endlich 5. Grossstädte, die mehr als 100 000 enthalten. Nimmt man nun den Stand vom 1. Dezember 1885 als massgebend für die Klassifizierung an, so ergaben sich für die Zeit von 1867 bis 85 bei den einzelnen Grössenklassen folgende Zunahmequotienten in Promille der mittleren Bevölkerung:

Ortskategorien	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85	1867/85
1. Grossstädte	26.9	33.2	25.3	24.1	26.6
2. Mittelstädte	22.0	30.3	22.9	21.7	23.6
3. Kleinstädte	12.4	25.5	19.7	16.4	18.3
4. Landstädte	6.4	12.4	12.4	8.4	9.9
5. Landorte	0.6	1.1	6.0	—0.2	2.0
Reich überhaupt	5.9	10.0	11.4	7.0	8.6

Diese Uebersicht lehrt unwidersprechlich folgende Thatsache: Je grösser ein Ort, desto stärker ist im allgemeinen sein Wachstum.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, dass im einzelnen sich der Satz immer bewahrheitet findet, sondern dass eben die allgemeine Tendenz ihm entspricht.

Die ganze Tragweite der obgenannten Zahlen ergibt sich aber erst, wenn wir mit Rücksicht auf den Anteil, den die einzelnen

1) a. a. O. S. 26* ff.

Grössenklassen an der Gesamtbevölkerung haben, die Zunahme und zwar sowohl absolut als relativ untersuchen.

Hiefür gibt die Reichsstatistik folgende Zahlen:

Grössenklassen	Anteil an der Bevölkerung %		Zunahme zwischen 1867/85	
	1867	1885	absolut	Anteil %
Grossstädte	6.8	9.5	1 716 148	25.4
Mittelstädte	6.8	8.9	1 464 108	21.6
Kleinstädte	10.8	12.9	1 713 316	25.3
Landstädte	12.1	12.4	949 016	14.0
Landorte	63.5	56.3	919 950	13.6
Reich	100.0	100.0	6 762 538	99.9

Obwohl also auf die im J. 1885 gezählten 21 Grossstädte durchschnittlich in den vorausgegangenen Jahren nur 8.1 % der Bevölkerung entfielen, nahmen sie von dem inzwischen erfolgten Zuwachs über ein Viertel in Anspruch (bei unserer Ausdehnung waren es auf den durchschnittlichen Anteil von $^1/_{10}$ etwa $^3/_8$). Dagegen nehmen die Landorte, welche durchschnittlich $^3/_5$ der ganzen Bevölkerung ausmachten, an der Zunahme nur zu $^1/_7$ bis $^1/_8$ teil [1]). Die zwischenliegenden Grössenklassen zeigen die Abstufung zwischen beiden Extremen.

Kann man einen deutlicheren Beweis verlangen für die Behauptung, dass die Ansiedlungsweise unseres Volkes in einem völligen Umschwung begriffen ist?

Auch nach einzelnen Städten zeigen sich übrigens ganz erhebliche Unterschiede. Wenden wir uns den sieben grössten unter ihnen zu d. h. denjenigen, die über 280 000 Bewohner zählen und sich so deutlich von den andern abheben, — die nächstgrösste, Frankfurt, zählt mit Vororten nur 204 511 Bewohner —, dass man sie wohl als Grossstädte erster Ordnung oder Grossstädte im engern Sinn bezeichnen kann, so findet sich, dass am meisten begünstigt war, und zwar fast die ganze Epoche hindurch, die Entwicklung von Leipzig (mit Vororten). Mit ihm wetteifert das Wachstum der Reichshauptstadt. Dagegen treten Dresden und München, namentlich aber Hamburg, Breslau und Köln etwas in den Hintergrund.

Grossstädte mittlerer Ordnung (zwischen 205 000 und 150 000 Bewohnern) lassen sich sechs aufzählen, nämlich Frankfurt (mit Vororten 204 511) und Hannover (182 287), dann Magdeburg (159 520), Stuttgart (156 609), Königsberg (151 151) und Chemnitz (150 223).

Hier ragen Chemnitz und Hannover hervor, deren Wachstum sich wohl mit dem von Leipzig und Berlin messen kann. Frankfurt zeigt von 1864 bis 1867 einen ganz auffallenden, sogar absoluten Rückgang,

1) Ein nicht geringer Teil dieser Zunahme kommt übrigens auf Vororte von Mittel- und Grossstädten.

der allerdings aus den politischen Ereignissen sich erklärt und wenigstens, was die Abnahme anlangt, der Verminderung der Garnison zuzuschreiben ist. Sonst aber steht seine Zunahme der von Chemnitz und Hannover ebenbürtig zur Seite. Bei Stuttgart fällt der Gegensatz zwischen der Zeit vor 1875 und dem nachfolgenden Jahrzehnt sehr auf, vorher gruppieren sich die Zunahmeziffern um die Zahl 40, dann aber sinken sie auf 16 herab, also auf $^2/_5$ der früheren Höhe. Eigentümlich sind auch die Verhältnisse bei Magdeburg und Königsberg. Erstere Stadt wird von dem allgemeinen Aufschwung der Jahre 1867 bis 75 kaum ergriffen, blüht aber seitdem sehr auf, während alle anderen Städte einen ruhigeren Gang genommen haben. Am schwächsten ist das Wachstum von Königsberg, auch ihm haben die Jahre 1867 bis 75 wenig Bevölkerung zugeführt, und merkwürdigerweise war seine günstigste Zeit die von 1875 bis 80, was sonst bei keiner einzigen Stadt zu beobachten ist.

Die letzte Gruppe, welche 11 Städte im Rahmen einer Bevölkerungsgrösse von 150 bis 90 000 Bewohnern umfasst, zeigt natürlich grosse Mannigfaltigkeit. Im allgemeinen hat ihre Entwicklung mit der ihrer grösseren Nebenbuhlerinnen nicht gleichen Schritt gehalten. Gemeinsame Züge sollte man am ehesten bei den 5 rheinischen Industrieplätzen vermuten, aber das trifft keineswegs zu. Unter ihnen ist Barmen bis in die 70er Jahre hinein am stärksten gewachsen, seitdem ist es aber von Düsseldorf und Krefeld abgelöst worden, während Elberfeld durchgehend eine mittlere, Aachen eine geringe Zunahme aufweisen. Es scheint, dass Düsseldorf berufen ist, allmählich immer mehr seinen Rivalen den Rang abzulaufen und sich zum Mittelpunkt unseres grössten Industriebezirkes zu machen.

Eine zweite Abteilung bilden Danzig und Stettin. Besonders das erstere hat sehr langsam zugenommen, während Stettin wenigstens seine Vororte bedeutend hat wachsen sehen. Auffallend ist bei ihm die geringe Steigerung in den Jahren 1867/71, es will fast scheinen, als hätte in dieser Zeit besonders, aber auch im übrigen die Anziehungskraft Berlins die Entwicklung der Oderstadt unterbunden. Oder würde sich am Ende auch die geringere Zunahme von Danzig, Königsberg und Magdeburg aus der Konkurrenz der Reichshauptstadt erklären?

Bremen hat nur im Beginn der 70er Jahre lebhaften Anteil an dem allgemeinen Aufschwung, sonst aber steht es stark zurück. Strassburg ist natürlich wegen der politischen Ereignisse nicht zu vergleichen, immerhin wird man nicht geneigt sein, ihm eine grössere Rolle im Kreise der deutschen Grossstädte auch für die Zukunft, wenigstens die absehbare, zuzuschreiben. Liegt es wie Königsberg zu weit an der Peripherie? Oder, wenn dieser Grund nicht massgebend wäre, kann man von dem Ausgleich der noch so schroff bestehenden Gegensätze eine glücklichere Zukunft erwarten?

Ein Bild weit kräftigeren Gedeihens bietet die letzte in der Reihe unserer Städte. Erwägt man, wie sehr die Nähe von Magdeburg und Leipzig die Entwicklung Halles beeinträchtigen muss, so wird das frische Aufstreben der Saalestadt nur um so beachtenswerter erscheinen.

II.

Die Art und Weise der Zunahme, insbesondere der physische Bevölkerungswechsel.

Wenn die Bevölkerung im Deutschen Reiche zunimmt, so ist diese Erscheinung dadurch hervorgerufen, dass Jahr für Jahr die Zahl der Geburten die der Sterbefälle übertrifft. Wir wissen auch, dass dieser Ueberschuss weit grösser ist als die bei den Zählungen sich ergebende Vermehrung der Volkszahl, weil eben das Reich Jahr ein Jahr aus, wenn auch in sehr unregelmässigen Grössen, einen Teil seiner Bewohner an das Ausland abgibt. Zählt man den inzwischen erzielten Geburtenüberschuss zu den Ergebnissen der jeweils vorhergehenden Zählung hinzu, und vergleicht man diese Rechnungsgrösse mit der wirklich gefundenen Einwohnerzahl, so stellen sich folgende Fehlbeträge heraus:

1871	bis	1875	319 750	oder	pro Jahr	durchschnittlich	79 937	Personen
1875	»	1880	381 193	»	»	»	76 239	»
1880	»	1885	980 215	»	»	»	196 043	»

Dass dieser Fehlbetrag übrigens nicht allein durch die Auswanderung bestimmt wird, sondern dass er nur die Differenz zwischen der Aus- und Einwanderung bildet, ist ja ganz selbstverständlich, wird uns aber bei Betrachtung des Reiches nicht sofort auffallen, weil die Einwanderung bei unserem Vaterlande nur eine untergeordnete Rolle spielt [1]).

Für eine Stadt als kleines Territorium kommen logischerweise ganz dieselben Faktoren des Bevölkerungswechsels in Betracht. Die Aufzeichnungen über die Geburten und Sterbefälle lassen erkennen, in welchem Masse sich zwischen zwei Zählungen die Bewohnerzahl auf diesem rein physischen Wege vermehrt oder vermindert hat. Vergleicht man diese letztere Grösse — also den Unterschied zwischen der Zahl der Geborenen und der der Gestorbenen — mit der Vermehrung oder Verminderung, wie sie durch die Volkszählungen ermittelt ist, so stellt

---

1) Man zählte ausserhalb des Reichsgebietes Geborene im Inlande:

1871 387 296 = 9.4 ‰
1880 419 270 = 9.3 ‰
1885 433 409 = 9.3 ‰,

wogegen im Auslande gewiss die sechsfache Anzahl im Gebiete des Reiches Geborener vorhanden waren. Vergl. Stat. d. D. R. Monatsh. 1884. VIII. S. 17.

die Differenz dar, um wie viel die Zahl der vollzogenen Einwanderungen grösser bezw. kleiner war als die Zahl der vollzogenen Auswanderungen. Für das Reich als Ganzes konnten wir den Umstand, dass wir nur die Differenz der Ein- und Auswanderungen kennen, mehr als theoretische denn als praktische Lücke bezeichnen. Ganz anders bei dem kleinen Gebiete der Stadt, wo die Wanderung durchaus im Vordergrunde der Bevölkerungsentwicklung überhaupt steht, die Kenntnis der Differenz der beiden Wanderungsfaktoren also nicht befriedigt. Ein gewisser Wert ist ihr nur insofern beizumessen, als sich Ein- und Auswanderungen in sehr vielen Beziehungen einfach ersetzen und somit nur der Ueberschuss der einen oder der anderen eine Veränderung bewirkt [1]).

---

1) In der Litteratur findet man häufig die Frage aufgeworfen, ob die Zunahme einer bestimmten Stadt mehr dem Wanderungs- oder mehr dem Geburtenüberschuss zu danken ist, wobei eine Gegenüberstellung beider Grössen zu den weitgehendsten Schlüssen Anlass gibt. Es wird dann regelmässig auch berechnet, zu welchem Prozentsatz beide Faktoren zur Gesamtzunahme beitragen. Insbesondere beutet Hasse diesen Gesichtspunkt aus, während andere es an einer kurzen Erwähnung genügen lassen.

Dem ganzen Vorgehen liegt eine irrige Vorstellung zu grunde. Alle so Untersuchenden gehen davon aus, wie eine Stadtbevölkerung aus sich selbst heraus sich wohl entwickeln würde, und glauben durch jenen Vergleich etwas hiefür beigebracht zu haben. Sie nehmen also stillschweigend folgende Voraussetzungen an: dass erstens die ursprünglich vorhandene Bevölkerung nicht der Aus- und Rückwanderung unterliegt, zweitens aber, dass nur bei ihr sich Geburten und Sterbefälle ereignen. Wie sind aber solche rein willkürliche Voraussetzungen denkbar? Stehen nicht vielmehr jene beiden Faktoren der Zunahme sogar in mehrfachem Abhängigkeitsverhältnis? Denn 1. wandern ursprünglich vorhandene aus, 2. wandern in der Zwischenzeit Geborene aus, es sterben 3. solche, die inzwischen eingewandert sind, und es werden 4. Kinder geboren von inzwischen zugezogenen Frauen.

Ein Beispiel, das wir der Bevölkerungsentwicklung Berlins entnehmen, möge genügen, um diese Zusammenhänge in ihrer Stärke wenigstens einigermassen zu beleuchten: In Berlin sind am 1. Dezember 1875 231 135 Personen gefunden worden, welche in den Jahren 1872 bis 1875, also sozusagen in der Zählperiode 1871/75 eingewandert waren (129 341 männliche und 101 794 weibliche) (Böckh 1875. III. S. 28.) Nehmen wir nun an, — und in Analogie zur Berechnung der mittleren Bevölkerung wird man diese Annahme wohl machen dürfen —, dass diese Zahl ungefähr gleichmässig von Anfang bis zu Ende der Periode gewachsen ist, dass also die Grösse dieser Teile der Bevölkerung betrug:

am 1. VI. 1872 ($^{6}/_{47}$):	16 512 m.,	12 995 w.,	zus.	29 507	Personen.
» 1. I. 1873 ($^{12}/_{47}$):	33 023 »	25 990 »	»	59 013	»
» 1. VI. 1873 ($^{18}/_{47}$):	49 535 »	38 985 »	»	88 520	»
» 1. I. 1874 ($^{24}/_{47}$):	66 046 »	51 980 »	»	118 026	»
» 1. VI. 1874 ($^{30}/_{47}$):	82 558 »	64 975 »	»	147 533	»
» 1. I. 1875 ($^{36}/_{47}$):	99 070 »	77 970 »	»	177 040	»
» 1 VI. 1875 ($^{42}/_{47}$):	115 581 »	90 965 »	»	206 546	»

Um nun die einzelnen Faktoren des Bevölkerungswechsels zu untersuchen, war es nötig, in umfangreichen Tabellen die massgebenden Verhältnisse zur Darstellung zu bringen. Der beschränkte Raum liess

Dagegen wird man freilich einwenden, dass die bei der Zählung gefundenen Zahlen anders lauten, nämlich für die früheren Jahre weit niedriger sind. Man vergesse aber nicht, dass unterdessen wieder viele von diesen Zugezogenen weggewandert sind und es uns lediglich auf den mittleren Bestand ankommt. Dieser dürfte sich eher höher ausweisen, als wir ihn angenommen haben.

Treffen wir ferner die Annahme, dass die weibliche Zuzugsbevölkerung (in diesem Sinne) der gleichen Geburtenfrequenz unterlegen wäre, wie sie allgemein für die weibliche Bevölkerung Berlins gefunden wurde (1871/75 durchschnittlich 86.4 auf 1000 weibliche Personen der mittleren Bevölkerung). Auch hier wird man entgegnen, diese Zugezogenen seien entschieden minder stark dem Gebären unterworfen, weil sie unverheiratet und neu zugezogen seien. Darauf aber wird zu erwidern sein, dass diese zugezogenen Frauen dafür fast alle im gebärfähigen Alter stehen, und wenn sie im ersten Jahre ihrer Anwesenheit weniger gebären, dafür in den folgenden Jahren ungleich stärker an der Geburtenzahl Anteil haben als die zum grossen Teil aus Kindern und alten Frauen zusammengesetzte ansässige Bevölkerung der Stadt. Auch diese Voraussetzung darf daher wohl ohne Bedenken gemacht werden. Darnach würde sich, wenn man die jeweils für den 1. Juli oben angesetzte Zahl als mittlere Zahl der vorhandenen seit 1. Januar 1872 zugezogenen Frauen ansetzt:

für das Jahr	1872	eine Geburtenzahl	von	1123,
» » »	1873	»	»	3369,
» » »	1874	»	»	5614,
» » »	1875	»	»	7203,
im Ganzen also		»	»	17309

ergeben.

Unterwirft man diese Neugeborenen der gleichen Sterblichkeit, welche Böckh für Berlin überhaupt annimmt, so würden bis zum 1. Dezember 1875 schon verstorben sein:

von den im Jahre	1872	Geborenen	457.15 ‰	=	513
» » » »	1873	»	431.87 »	=	1455
» » » »	1874	»	385.96 »	=	2167
» » » »	1875	»	257.58 »	=	1856
		im Ganzen also			5991

(Die Sterblichkeitszahlen sind den bei Böckh a. a. O. III. S. 26 erwähnten reciproken Werten der Ueberlebenden unter Ermittlung des mittleren Wertes aus den nach Geschlechtern gegebenen Zahlen entnommen).

Zu dieser Anzahl von Sterbefällen müssen wir aber diejenigen rechnen, welche auf unsere Zuzugsbevölkerung kommen. Böckh (eod. S. 24) nimmt an, dass bis zum 1. Dezember 1875 verstorben sind von den

im Jahre	1872	zugezogenen	Männern	36.4 ‰,	Frauen	38.3 ‰
» »	1873	»	»	25.9 »	»	27.4 »
» »	1874	»	»	15.4 »	»	16.2 »
» »	1875	»	»	4.6 »	»	4.7 »

Uns stehen nur die Zahlen der Ueberlebenden zur Verfügung; wir müssen also aus diesen unter Zuhilfenahme der reciproken Werte der eben angeführten Relativ-

den Abdruck derselben nicht zu, so dass ich mich begnügen muss, ihre Anfertigung kurz vorzuführen.

Den offiziellen statistischen Quellenwerken wurden die Ergebnisse der in den Städten vorgenommenen Volkszählungen, sowie die gleichzeitig gefundenen Zahlen des Militärstandes entnommen. Ihnen wurden die zwischen den einzelnen Zählungsdaten erfolgten Geburten und Sterbefälle (unter Einschluss der Totgeburten) gegenübergestellt. Ein Vergleich letzterer Zahlen mit der mittleren zwischen den entsprechenden Daten vorhandenen Bevölkerung ergab die Geburtenfrequenz und die Sterblichkeit für die betreffende Periode. Aus den Zahlen der Geborenen und Gestorbenen wurde dann die auf natürlichem Wege eingetretene Veränderung des Bevölkerungsstandes berechnet und auch diese zur mittleren Bevölkerung in Beziehung gesetzt. Ferner ist die Veränderung, welche der Militärstand erfuhr, und endlich die Mehreinwanderung bezw. Mehrauswanderung ermittelt worden.

Die einzelnen bei der Herstellung dieser Tabellen vorgekommenen Ungenauigkeiten sind unten angeführt [1]).

---

zahlen die überhaupt vorhandenen (bezogen auf die Jahresmitte) berechnen und aus diesen die mutmasslichen Todesfälle ermitteln. Wir erhalten so Verstorbene von den

im Jahre	1872	Zugezogenen	1244	m.,	1035	w.,	zus.	2279,
» »	1873	»	878	»	732	»	»	1610,
» »	1874	»	517	»	428	»	»	945,
» »	1875	»	140	»	113	»	»	253,
		im Ganzen	2779	m.,	2308	w.,	zus.	5087.

So ergibt sich, dass auf die in der Zählperiode selbst zugewanderten Personen eine Geburtenzahl von 17 309 und eine Zahl von Sterbefällen von 5991 + 5087 = 11 078 entfällt. Es entsteht also ein Geburtenüberschuss von 6231 Köpfen, der nicht weniger als 177.3 ‰ des überhaupt in der ganzen Periode erzielten Geburtenüberschusses (35 143) ausmacht. Berücksichtigt man, dass wir den Bestand an neu zugezogenen Frauen gewiss im allgemeinen zu niedrig angesetzt haben, dass auf diese Frauen jedenfalls auch eine grössere Geburtenzahl trifft, weil sie fast durchweg im gebärfähigen Alter stehen, so erhöht sich die Geburtenzahl gewiss noch bedeutend; und dem dürfte keine ebenmässige Erhöhung in der Zahl der Sterbefälle sich gegenüberstellen. Mithin würde der Geburtenüberschuss, welchen diese Neuzugezogenen liefern, noch einen höheren Anteil am allgemeinen Geburtenüberschuss ausmachen, als wir ihn eben gefunden haben. Und das schon in einem Zeitraum von nicht ganz 4 Jahren! Nimmt man erst Jahrzehnte, wie das oft geschieht, so muss der Fehler noch ungleich grösser werden. Jene Gegenüberstellung ist also gänzlich falsch, da ein grosser Teil des überhaupt gefundenen Geburtenüberschusses eigentlich zur Mehreinwanderung zu schlagen wäre. (S. insb. Hasse Leipzig S. 124 ff. Verw.-Berichte von Leipzig. 1884, S. 9. 1885 S. 13. Mitteil. des Lpz. stat. Bur. Heft XV. S. 68.)

1) a) Bei der Berechnung der in den Zählungsabschnitten erfolgten Geburten und Sterbefälle wurden statt der vom 1. (bezw. 3.) Dezember des einen Zählungsjahres bis zum gleichen Termin des folgenden laufenden Perioden diejenigen vom darauffolgenden 1. Januar bis wieder zum selben Termin, also die Kalenderjahre genommen (z. B.

Wenn wir nunmehr dazu übergehen die einzelnen Faktoren des Bevölkerungswechsels zu erörtern, so zieht naturgemäss die Geburtenfrequenz zunächst unser Interesse auf sich.

---

statt 1. XII. 1875 bis 1. XII. 1880 ist eingesetzt 1. I. 1876 bis 1. I. 1881). Da jedoch die Abschnitte sich nur um einen Monat verschieben, können die entstehenden Abweichungen nur ganz unbedeutend sein. Zuweilen standen übrigens die genauen Zahlen unmittelbar zur Verfügung.

Ferner konnten für die Zeit vor 1874 meist die bei der Militärbevölkerung eingetretenen Geburten und Sterbefälle nicht eingerechnet werden, weil jene in Preussen gesondert und nicht nach Garnisonen getrennt behandelt worden ist. Da unter der Militärbevölkerung die aktiven Militärpersonen mit ihren Angehörigen verstanden wurden, unter diesen aber nur wenige Frauen gewesen sein mögen, sind natürlich nur wenige Geburten, und auch nicht viele Sterbefälle ausser Betracht geblieben.

b) Eine Berücksichtigung der zwischen den Zählungen erfolgten Gebietserweiterungen geschah in folgender Weise: Bei Breslau, das am 1. Januar 1868 sein Weichbild erweiterte, ergab sich für die Verhältniszahlen der Geburtenfrequenz, der Sterblichkeit, sowie des Geburtenüberschusses keine Ungenauigkeit. Ebenso wurde diese für die in der Periode 1875/80 bei München und Chemnitz erfolgten Einverleibungen dadurch vermieden, dass Geburten und Sterbefälle der einverleibten Gebiete vom 1. Januar 1876 an mitgerechnet sind. Bei Berlin wurden die geschehenen Gebietserweiterungen als zu geringfügig ausser acht gelassen. Ein gleiches geschah bei Königsberg, wo 60 Personen zwischen 1871 und 1875 aufgenommen wurden. Für Frankfurt, wo am 1. Januar 1877 Bornheim zugezogen wurde, ergab ein Vergleich mit den folgenden Jahren, dass in dieser Gemeinde während des Jahres 1876 ungefähr 590 Geburten und 308 Todesfälle sich ereignet haben mögen, wodurch also ein Geburtenüberschuss von etwa 282 (140 m. und 142 w.) Personen sich herausstellte. Mit Hinzuziehung dieser Zahlen wurden dann die Verhältniszahlen ermittelt.

Es bleiben darnach noch die Einverleibungen von Danzig (Schillingsfelde) und Bremen (Buntenthorsteinweg), die beide zwischen 1871 und 1875 erfolgten. Hier fehlt auch das Datum der Aufnahme, so dass je nachdem dieselbe am Anfang oder am Ende der Periode geschehen war, die gedachten Verhältniszahlen verschieden sein mussten, da sich ja je nachdem die mittlere Bevölkerung erhöhte oder verminderte. Es war also unumgänglich, zu Maximal- und Minimalberechnung zu greifen, wie angegeben ist.

c) Bei Nürnberg fehlten die Zahlen der Geburten nach Geschlechtern für das Jahr 1880, sowie die der Sterbefälle des gleichen Jahres überhaupt. Die Ergänzung geschah unter Berücksichtigung der für die anderen Jahre vorliegenden Zahlen, so dass der Fehler kein bedeutender sein kann.

d) Mehrfach konnte der Militärstand nicht festgestellt werden, nämlich für Stuttgart 1861, 1864 und 1867, für Hamburg (Stadt und Vorstadt) 1885 und für Bremen 1861. Wenn derselbe in diesen Fällen als unverändert gegenüber den vorhergehenden bezw. nachfolgenden Zählungen angenommen wurde, so ist das für Hamburg und Bremen gewiss gänzlich belanglos, für Stuttgart dagegen kann wohl eine nicht unerhebliche Ungenauigkeit vermutet werden, insofern als zwischen 1861 und 1871 eine beträchtliche Erhöhung der Garnison eingetreten sein wird.

e) Bei Bremen wurde statt der ortsanwesenden Bevölkerung die Wohnbevölkerung eingesetzt, weil die dortige Statistik nur von dieser die Geburten und Sterbefälle berücksichtigt.

Fragt man, von welchen Verhältnissen die Höhe der Geburtenzahl vorzugsweise abhängt, so wird man auf folgende Umstände hinzuweisen haben: Zahl gebärfähiger Frauen, Zahl stehender Ehen, endlich aber, und das wird für den einzelnen Zeitraum sehr ins Gewicht fallen, die Zahl der neugeschlossenen Ehen.

Jede Steigerung der Verehelichungsziffer führt eine Steigerung der Geburtenfrequenz herbei. Es ist uns nun leider nicht möglich, genau die Geburtenzahl der einzelnen Städte mit Berücksichtigung der angegebenen Momente zu betrachten. Es würde zu weit führen, wollte man für alle Zählungsjahre und alle Städte die Altersverhältnisse der weiblichen Bevölkerung untersuchen, ferner beobachten, wie viele der im gebärfähigen Alter stehenden Frauen verheiratet sind, und dann auf Grund dessen die Geburtenfrequenz finden nicht mit Anlehnung an die Bevölkerung überhaupt, wie es unten geschehen ist, sondern mit Beziehung auf die Zahl der gebärfähigen bezw. verheirateten Frauen. Doch wird zuzugeben sein, dass nur auf letzterem Wege sich ganz genaue Unterscheidungen würden feststellen lassen. Wenn davon jedoch abgesehen wird, so mag man sich erinnern, dass uns die Geburtenfrequenz weniger an sich beschäftigt, sondern mehr in ihrem Zusammenhange mit dem Wachstum der Bevölkerung im Ganzen.

Leider konnte die Geburtenzahl auch nicht für die einzelnen Kalenderjahre, wie es wohl wünschenswert gewesen wäre, sondern nur für die einzelnen Zählperioden untersucht werden, da ersteres unverhältnismässig mehr Arbeit erfordert hätte, ohne in entsprechender Weise den Wert der Ergebnisse zu erhöhen.

Bemerkenswerte Unterschiede in der Geburtenfrequenz ergeben sich sowohl beim Vergleich von Periode zu Periode als auch von Stadt zu Stadt.

Um zuerst die einzelnen Zählperioden vergleichen zu können, ist es nötig, Durchschnitte zu bilden, also festzustellen, wie sich für die gesamte grossstädtische Bevölkerung die Geburtenhäufigkeit gestaltet. Die gefundenen Durchschnitte beziehen sich aber nicht auf völlig kongruente Grössen, da für mehrere Abschnitte und einzelne Städte — insbesondere vor 1871 — die Geburtenzahl nicht zu ermitteln war [1]). Doch wird man annehmen dürfen, dass eine Verschiebung der Resultate durch diese Ungenauigkeit nicht eingetreten ist.

Auf 1000 Personen der mittleren Bevölkerung kommen in obenstehenden Zählungsabschnitten Geborene (einschliesslich der Totgeborenen):

1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
36.9	38.7	38.3	41.9	42.1	37.4

1) Vergl. unten Tabelle der Geburtenhäufigkeit nach Städten und Volkszählungsperioden.

Bei der Zusammenfassung aller Städte treten also keine allzu bedeutenden Schwankungen ein. Ihr Verlauf ist etwa folgender: zuerst Ansteigen der Geburtenziffer während der 60er Jahre, dann rasches Sinken während des Jahres 1871 aus naheliegenden Gründen, und zwar ist dieser Rückgang so heftig, dass der Durchschnitt der ganzen Periode sich merklich erniedrigt. Dafür zeigt aber der folgende Abschnitt einen um so lebhafteren Aufschwung, der durch die ganzen 70er Jahre anhält. Der Anfang unseres Jahrzehntes dagegen bringt einen ausserordentlich starken Rückgang in der Geburtenfrequenz.

Ins rechte Licht werden übrigens die angeführten Zahlen erst treten, wenn wir ihnen die der Bevölkerung des Reiches überhaupt gegenüberstellen. Da sich letztere aber vor 1871 nicht für die Gesamtheit unserer heutigen Bundesstaaten geben lassen, mögen neben denen des Reiches die für Preussen — natürlich in dem jeweiligen Umfang des Königreiches — Platz finden:

	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
Reich	—	—	—	41.4	40.8	38.5
Preussen	40.8	40.4	38.5	41.4	40.9	38.9

Vor allem lässt sich behaupten, dass dort wie hier die Bewegung der Geburtenhäufigkeit den gleichen Schwankungen unterliegt; für die 60er Jahre, wo der Vergleich nur mit Preussen allein möglich ist, ergibt sich eine bemerkenswerte Differenz bei der zweiten Periode, die im Königreich ein Sinken, in den Grossstädten ein ganz beträchtliches Ansteigen hervorbrachte. Diese Erscheinung erklärt sich aber leicht aus der grossen Einwanderung, welche in den Jahren 1858 bis 1864 vom Lande in unsere Städte erfolgte.

Bezüglich der Periode 1867/71 bleibt zu beachten, dass hier Preussen bedeutend vergrössert erscheint und zwar um Landesteile, welche stets durch geringe Geburtenziffern aufgefallen sind. Wenn daher die allgemeine Geburtenhäufigkeit erheblich hinter der in der Vorperiode beobachteten zurückbleibt, so ist zwar durchaus wahrscheinlich, dass hier sich die Folgen des Krieges von 1870/71 ausdrücken, nur darf nicht die ganze Differenz dem Kriege zur Last gelegt werden.

Auffallend ist die Thatsache, dass in den 70er Jahren die Grossstädte eine höhere Geburtenfrequenz aufweisen als das Reich überhaupt. Auch hier werden die Zuzugsverhältnisse ausreichende Erklärung bieten und zugleich auch klarlegen, dass die erwähnte Ausnahme nur sehr selten vorkommen wird.

Die rückläufige Bewegung, die Abnahme der Geburten im laufenden Jahrzehnt, lässt sich überall bemerken ohne die geringste Ausnahme, und zwar ist sie in vielen Städten so stark, dass trotz allgemein erheblich höherer absoluter Bevölkerung die Geburtenzahl der fünf Jahre 1880/85 hinter der des vorhergehenden Jahrfünftes zurückbleibt. Ganz

besonders fällt diese Erscheinung in Barmen, Stuttgart und Bremen auf, wo der absolute Rückgang ein volles Zehntel und mehr ausmacht.

Wenn die fürs Ganze der grossstädtischen Bevölkerung beobachtete Bewegung nun auch im allgemeinen sich bei den einzelnen Städten wiederfindet, so lassen sich doch einige charakteristische Abweichungen anführen. Namentlich aber zeigen sich nach der Häufigkeit der Geburten von Ort zu Ort ganz erhebliche Unterschiede, die wegen ihrer Intensität und Stetigkeit auf tieferliegende Ursachen zurückgeführt werden müssen.

Ordnet man die Städte unter diesem Gesichtspunkt, so ergibt sich eine auffallend grosse, wenn auch natürlich nicht durchweg zutreffende Uebereinstimmung in der Reihenfolge.

Auf 1000 Köpfe der mittleren Bevölkerung kamen in obenstehenden Zählungsabschnitten und in nebenstehenden Städten Geborene:

I. Städte mit hoher Geburtenfrequenz.

Städte	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
Chemnitz	47.5	50.4	—	51.8	49.3	45.3
Barmen	44.2	45.5	45.9	50.0	47.2	39.4
Elberfeld	41.3	41.9	43.8	47.3	44.5	40.6
Krefeld	39.7	39.7	39.2	44.5	45.3	43.4
Altona (ohne Ottensen)	—	—	43.6	44.2	43.3	38.5
Aachen	38.1	39.8	40.2	43.9	42.5	40.3
Magdeburg (Stadtkreis)	38.4	40.3	38.0	43.6	43.6	40.7
Berlin	38.1	40.4	39.1	42.9	43.8	37.9
München	—	—	—	43.1	43.5	37.7

II. Städte mit mittlerer Geburtenfrequenz.

Danzig	41.9	40.3	36.4	40.7	40.5	37.5
Breslau	34.7	39.2	39.7	41.5	42.6	38.4
Köln	37.1	37.3	37.8	43.0	41.4	37.5
Halle	37.5	36.9	36.3	39.8	40.6	38.7
Düsseldorf	32.9	33.6	37.7	42.6	43.1	40.4
Stuttgart	28.4	—	33.9	45.1	41.8	33.9
Nürnberg	—	—	—	42.8	39.8	36.3
Hamburg [1])	—	—	(37.3)	39.7	40.8	37.7

III. Städte mit niedriger Geburtenfrequenz.

Strassburg	—	—	—	40.6	39.1	35.3
Dresden	37.9	38.0	—	(38.2) [2])	38.4	35.6
Hannover	—	—	34.3	38.1	39.7	34.8
Königsberg	38.0	37.2	33.4	37.1	38.7	36.0
Bremen	32.4	35.2	37.3	40.0	39.9	33.2
Stettin	35.0	32.2	32.0	38.4	37.6	34.3
Leipzig	32.7	32.5	33.7	36.8	37.0	33.9
Frankfurt	21.0	25.0	29.0	30.6	34.3	29.6

1) Hamburg ist 1867/71 ohne, sonst mit Vororten berechnet.

2) Diese Zahl bezieht sich nicht auf die ganzen 4 Jahre, sondern nur auf 1873 und 1874.

Das sich bietende Bild hat so deutliche Züge, dass wir wohl kurz dabei verweilen dürfen.

Die erste Gruppe enthält an den vier ersten Stellen unsere vier hauptsächlichsten Industriestädte, es folgen Altona, Aachen und Magdeburg, Städte, die wenigstens mit den eigentlichen Industriestädten nahe Verwandtschaft zeigen; ja dieselben würden, falls nicht ihre Garnisonen den Nenner vergrösserten, ohne den Zähler gleichmässig zu erhöhen, in noch grösserer Uebereinstimmung mit jenen stehen. Ihnen reihen sich Berlin und München an, deren hohe Geburtenzahl ohne Zweifel auf einem besonders reichlichen und stetigen Zuzug beruht.

Bei der mittleren Gruppe fällt die verschiedene Stellung auf, welche die einzelnen Städte nach Perioden einnehmen.

So ist z. B. die Geburtenfrequenz in Stuttgart vor 1871 und nach 1880 entschieden niedrig, in den Jahren 1871 bis 1880 aber sehr hoch. Bei Düsseldorf tritt ebenfalls mit dem Jahr 1871 ein Wendepunkt ein: während es vorher geringe Geburtenhäufigkeit aufweist, nähert es sich seither immer mehr seinen Nachbarstädten, eine Thatsache, die wir auch in anderen Punkten bestätigt finden werden. Im übrigen treffen wir hier Städte, die einerseits nicht ausschliesslich Industriestädte sind, andererseits auch nicht hervorragenden Zuzug zu verzeichnen haben; letzteres gilt für Danzig, Köln, Halle, Nürnberg und Hamburg.

Die letzte Gruppe zeigt die geringste Geburtenzahl stets bei Frankfurt, unserer reichsten Stadt. Leipzig, Stettin, in geringerem Grade vielleicht auch Dresden verdanken ihre niedrige Stelle wohl zumeist der Stadtbegrenzung. In den zahlreichen Vororten wohnt ein grosser Teil der Arbeiterbevölkerung, und wenn wir uns die hohen Ziffern der Industrieorte vergegenwärtigen, dürfen wir wohl annehmen, dass die Vororte wesentlich höhere Zahlen bieten, den allgemeinen Durchschnitt also wohl hinaufschrauben würden. Wenn bei Hamburg diese Vermutung sich nicht bestätigt findet, so kann wohl der Umstand, dass dort gerade die wohlhabenden Klassen ausserhalb wohnen, während die Arbeiterbevölkerung sich um den Hafen als Arbeitsmittelpunkt gruppiert, als genügende Erklärung dienen. Bremen und Hannover tragen im wesentlichen, wenn auch abgemindert, das gleiche Merkmal der Wohlhabenheit wie Frankfurt, wogegen bei Strassburg und Königsberg ein starkes Hervortreten der Garnisonen, namentlich aber ein auffallend geringer Zuzug den geringen Stand der Geburtenfrequenz erklären werden. Als merkwürdig darf noch die eigentümliche Schwankung der Geburtenzahl bei Königsberg und Danzig bezeichnet werden, die der allgemein gefundenen wenig entspricht, eine Erscheinung, welche gewiss auch auf den eigentümlichen Zuzugsverhältnissen dieser beiden Städte beruht [1]).

1) Man wird es nachsehen, wenn wir die viel erörterte Frage nach dem Sexual-

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, noch weiter ins Einzelne dem Gange der Geburtenfrequenz nachzuforschen, wir lassen uns daher an den hervorstechenden Zügen, die Erwähnung fanden, genügen.

Viel weniger als dieser erste Faktor des Bevölkerungswechsels eignet sich der entsprechende der Sterblichkeit für eine Betrachtung, der es wesentlich auf soziale Merkmale ankommt. Sie ist in weit höherem Masse von äusseren Ereignissen, wie Kriegen oder Epidemien aller Art, abhängig. Und wie leicht ist bei letzteren nur eine einzelne Gegend, eine einzelne Stadt betroffen! Auch andere Umstände wirken zur besonderen Gestaltung der Sterblichkeit mit, so die Zusammensetzung der Bezirke nach Altersklassen. Wo wenig Kinder und Greise, dagegen viel Erwachsene im lebenskräftigen Alter anzutreffen sind, sterben naturgemäss verhältnismässig weniger Menschen, als etwa in einer Bevölkerung die letztere abgegeben, erstere behalten hat. Da aber, wie bekannt, die Sterblichkeit der Kinder in den ersten Lebensjahren einen ausserordentlich hohen Teil der Sterblichkeit überhaupt bildet, so liegt es auf der Hand, dass auch die Geburtenhäufigkeit von erheblichem Einfluss auf die Zahl der Todesfälle ist.

Ermittelt man, in Analogie der Behandlung der Geburten, die Durchschnitte der Sterblichkeit nach den einzelnen Perioden, und zwar sowohl für die grossstädtische Bevölkerung, als für das Reich, bezw. die preussische Monarchie, so ergeben sich auf 1000 Köpfe der mittleren Bevölkerung Todesfälle:

	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
Grossstädte	28.6	34.4	32.3	31.5	29.5	27.5
Reich	—	—	—	29.5	27.8	27.2
Preussen	26.8	29.4	28.9	29.1	27.1	26.9

Gleich hier sei auf den unheilvollen Einfluss hingewiesen, den in der Periode 1864/67 die Cholera von 1866, in der darauffolgenden der Krieg und die Pockenepidemie von 1871 übten. Es zeigt sich beides in den Städten mehr als im Königreich Preussen. In letzterem scheint es auf den ersten Anblick gar nicht hervorzutreten, aber ein Vergleich mit der Geburtenfrequenz der entsprechenden Perioden lehrt, dass die Sterblichkeit in den Jahren 1867/71 gar nicht niedrig, sondern vielmehr ziemlich hoch war. Sieht man von diesen beiden Perioden ab, so trifft die Schwankung regelmässig mit derjenigen der Geburtenfrequenz zusammen, eine Beobachtung, die sich auch in den für Preussen gefundenen Zahlen bestätigt. Der Verlauf der Sterblichkeit überhaupt wird

---

verhältnis der Geborenen übergehen. Ihre Behandlung würde genaueres Material erfordern, als es uns vorliegt. Daher sei nur kurz erwähnt, dass von der Regel, dass mehr Knaben als Mädchen geboren werden, nur zwei Zählperioden in Krefeld eine Ausnahme machen (1861/64 und 1864/67).

also in entscheidender Weise von der Sterblichkeit der Kinder in den ersten Lebensjahren beeinflusst.

Die grossstädtische Bevölkerung ist augenscheinlich mehr dem Tode ausgesetzt als die übrige Reichsbevölkerung. Diese Thatsache verschärft sich in ihrem Eindruck, wenn man erwägt, dass in den Städten die mittleren Altersklassen, welche der Sterblichkeit weniger unterworfen sind, gegenüber den niederen und höheren Altersklassen, welche sie besonders trifft, mehr hervortreten als im Reiche überhaupt. Uebrigens scheint eine allmähliche Annäherung der beiden Zahlenreihen vor sich zu gehen. Ausserdem kann man beobachten, dass sich die Sterblichkeit in den Grossstädten, besonders wenn man sie mit der Geburtenfrequenz zusammenhält, im Verlauf des uns vorliegenden Zeitraumes vermindert hat. Für Preussen ist der Vergleich durch den Wechsel im Territorium erschwert, das aber geht aus den Zahlen jedenfalls hervor, dass hier eine Verminderung nicht erfolgt ist. In dieser Beziehung haben also die Grossstädte einen Fortschritt aufzuweisen. Oder sollte sich die höhere Sterblichkeit für das Königreich daraus erklären, dass die Stadtbevölkerung überhaupt, welche eine so viel höhere Sterblichkeit aufzuweisen hat, im Ganzen der Bevölkerung immer mehr hervortritt? Dann würde Aussicht auf Besserung erst vorhanden sein, wenn die städtische Sterblichkeit sich auf das geringere Mass der ländlichen erniedrigt hätte.

Im allgemeinen wiederholt sich — natürlich unter den mannigfaltigsten Abstufungen im einzelnen — der gefundene durchschnittliche Verlauf der Sterblichkeit auch bei den einzelnen Städten. Nur verdient hervorgehoben zu werden, dass die oben genannten Epidemien, insbesondere die Cholera von 1866, augenscheinlich in den Städten des östlichen Deutschlands, nämlich in Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau sowie in Halle, bedeutend mehr Opfer gefordert haben als in den westlichen.

Gehen wir zum Vergleich von Stadt zu Stadt über, so lässt sich, entsprechend der oben für die Geburtenhäufigkeit ermittelten, folgende Reihenfolge nach der Sterblichkeit aufstellen.

Auf 1000 Personen der mittleren Bevölkerung kamen in obenstehenden Zählungsabschnitten und in nebenstehenden Städten Todesfälle:

I. Städte mit hoher Sterblichkeit.

Städte	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
München	—	—	—	41.5	36.5	31.6
Königsberg	33.0	43.8	38.9	34.3	32.2	33.2
Breslau	32.1	45.5	35.9	33.0	33.8	33.3
Chemnitz	35.3	35.5	—	37.0	34.3	33.5
Strassburg	—	—	—	33.3	31.4	28.5
Danzig	36.3	39.8	36.7	31.1	32.4	29.4
Berlin	28.9	34.5	34.1	33.1	30.7	27.8
Altona	—	—	37.5	32.6	28.2	26.2

II. Städte mit mittlerer Sterblichkeit.

Städte	1861/64	1764/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
Aachen	30.6	30.0	31.8	33.3	29.5	27.8
Nürnberg	—	—	—	33.0	28.9	28.2
Elberfeld	27.0	35.4	33.2	30.6	28.3	24.4
Halle	31.0	42.7	27.4	27.3	26.3	26.3
Magdeburg	27.5	25.8	26.0	34.9	30.6	29.9
Stettin	27.3	36.1	29.1	28.4	28.0	27.7
Köln	26.1	32.1	32.5	30.7	28.4	27.7
Krefeld	26.1	29.7	32.2	31.9	28.0	26.5
Barmen	27.4	35.8	31.3	30.5	27.0	24.3

III. Städte mit geringer Sterblichkeit.

Hamburg [1])	—	—	(31.9)	28.9	27.1	26.4
Dresden	29.5	30.9	—	26.2	26.5	26.5
Düsseldorf	23.0	28.0	31.4	28.5	27.2	25.3
Leipzig	28.2	32.2	28.4	25.6	25.2	24.1
Stuttgart	20.7	—	24.2	27.5	27.1	23.5
Bremen	25.3	27.1	26.7	24.8	22.7	21.8
Hannover	—	—	23.4	25.0	21.8	21.9
Frankfurt	18.7	20.4	23.3	21.6	21.8	19.7

Von den Städten der ersten Gruppe haben nur München, Chemnitz, Berlin und Altona zugleich eine hohe Geburtenzahl aufzuweisen, und nur bei Chemnitz ist dieselbe so hoch, dass dadurch die hier gefundene Sterblichkeit einigermassen kompensiert würde. Die vier andern, Königsberg, Breslau, Danzig und Strassburg, haben dagegen nur eine mittlere, zum Teil geradezu eine niedrige Geburtenfrequenz.

Das überraschendste in dieser Reihenfolge ist, dass die rheinischen Industriestädte gar nicht in der ersten Gruppe vertreten sind, sie nehmen vielmehr bezüglich der Sterblichkeit trotz ihrer hohen Geburtenfrequenz eine günstige Mittelstellung ein. Ueber ihnen stehen dann am Ende der Reihe alle diejenigen Städte, deren günstigere soziale Stellung als bekannt gelten darf: Hamburg, Dresden, Leipzig, Düsseldorf, Stuttgart, Bremen, Hannover, Frankfurt. Immerhin ist zu bedenken, dass die meisten dieser Städte eine geringe Geburtenzahl haben, welche einen niedrigen Stand der Sterblichkeit ermöglicht [2]).

Gemeinsam wirken also eine niedrigere Geburtenfrequenz und eine höhere Sterblichkeit darauf hin, um die physische Bevölkerungssteigerung in den Grossstädten der Bevölkerung des Reiches im Ganzen gegenüber zu verlangsamen. Das muss sich z. B. darin äussern, dass in jenen verhältnismässig weniger Kinder im Alter von 1, 2 und so weiter Jahren zu finden sind, als im allgemeinen im Reiche.

1) 1867/71 ohne Vororte, später mit Vororten.

2) Wiederum lässt sich nur für einen Zählungsabschnitt (1864/67) in Krefeld feststellen, dass entgegen der Regel mehr weibliche Personen gestorben sind als männliche.

Aus den Zahlen der Geborenen und der Gestorbenen bildet sich bei Abgleichung als Differenz ein Ueberschuss entweder der ersteren oder der letzteren, welcher also die auf physischem Wege erfolgte Veränderung des Bevölkerungsstandes anzeigt. Setzt man den Geburtenüberschuss im jährlichen Durchschnitt der einzelnen Zählperioden in Beziehung zur mittleren Zahl der Bevölkerung, so findet sich auf 1000 Personen berechnet in nebenstehenden Bevölkerungen:

	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
Grossstädte	8.3	4.3	6.1	10.4	12.6	9.9
Reich	—	—	—	11.9	13.1	11.3
Preussen	14.3	10.9	9.5	12.3	13.8	12.0

Interessant ist die ausserordentlich grosse Verschiedenheit der physischen Bevölkerungszunahme der Grossstädte von der des Landes überhaupt. Am grössten ist die Annäherung in der Periode 1875/80, der einzigen, in der die Geburten in den Städten häufiger waren als in der ganzen Bevölkerung des Reiches. Allgemein zeigt sich, dass in unsern ausgewählten Orten die Hebung der Geburtenzahl und die Verminderung der Sterblichkeit zu einer günstigeren Bilanz in den 70er gegenüber den 60er Jahren beigetragen haben. Ob das eine dauernde Verbesserung ist, steht dahin, erst die Beobachtung weiterer Jahrzehnte wird darüber Aufschluss geben. Auf frühere Jahre zurückzugehen, wäre weniger ratsam, da sich so der spezifisch grossstädtische Charakter der Bevölkerung zu sehr verliert.

Zum Schluss darf wohl die Frage aufgeworfen werden, in welchem Verhältnis der Geburtenüberschuss zur überhaupt gefundenen Zunahme steht. Stellen wir beide in den bisher gebrauchten Verhältniszahlen gegenüber, so findet sich:

	1861/64	1864/67	1867/71	1871/75	1875/80	1880/85
Geburtenüberschuss	8.3	4.3	6.1	10.4	12.6	9.9
Zunahme überhaupt	35.7	22.0	28.2	32.1	25.3	24.2

Wir sehen, der Geburtenüberschuss, d. h. die Veränderung des Bevölkerungsstandes auf dem physischen Wege, steht durchaus nicht im Vordergrunde, er bestimmt die Grösse der Zunahme nur in bescheidenem Masse. Ungleich wichtiger sind also für die ganze Bevölkerungsentwicklung unserer Städte die Wanderungen.

III.

Die Wanderungen.

a) Vorbemerkung. Die Ermittlung der Wanderungen aus den polizeilichen Meldungen.

Unter Ein- und Auswanderung ist im genauesten Sinne jedes Ueberschreiten der Grenze des städtischen Weichbildes zu verstehen. Stellen

wir uns vor, alle innerhalb eines gewissen Zeitraumes, z. B. eines Zählungsabschnittes, so erfolgten Ein- und Austritte von Personen aus dem Stadtgebiet seien uns bekannt, so würde sich eine ausserordentlich hohe Zahl von Wanderungsvorgängen beider Art ergeben, deren Differenz der bei dem Zusammenhalt von Volkszählung und Standesregisterführung gefundenen Wanderungsdifferenz gleich sein müsste.

Es leuchtet jedoch ein, dass dieser Zahl von Wanderungsakten nicht ebensoviele einzelne Personen entsprechen. Also entsteht der Gegensatz zwischen dem Individuum und dem Aufenthalt. Könnte man je die Ein- und Austritte summieren, so würden sich nicht Personen = einzelnen Individuen ergeben, sondern lediglich Anfangs- bezw. Endpunkte von Aufenthalten (vgl. »Reisende« auf Eisenbahnen, »Besucher« einer Ausstellung u. dgl.).

Dieser Gegensatz zwischen Person und Aufenthalt ist aber deshalb so schwerwiegend, weil er bei den anderen Bevölkerungsaufnahmen nicht zur Geltung kommt. Bei der Volkszählung wird ermittelt, wie viele Aufenthalte an einem bestimmten Orte laufen: selbstverständlich kommt hier jeder Person nur ein Aufenthalt zu. Analog entsprechen Geburt und Tod, als einmalige Vorgänge im Leben des Menschen, der Einheit der Person.

Sobald man also aus dem Gebiet dieser eben berührten statistischen Untersuchungen auf das der Wanderungen übertritt, muss dieser Gegensatz genau zur Vorstellung kommen. Gänzlich verfehlt, weil ihn verdeckend, ist es, wenn auch bei den Wanderungsakten immer von Personen gesprochen wird; und nicht bloss das, sondern es wird die Person = Wanderungsakt bezw. Aufenthalt fortwährend der Person im Sinne der Zählung gegenübergestellt.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich nun, dass zweierlei bei der Betrachtung der Wanderungen als Ziel verfolgt werden kann:

1. Man kann die Wanderungsakte als solche betrachten.

2. Man kann die Individuen ins Auge fassen, welchen diese Wanderungsakte bezw. Aufenthalte angehören.

Im ersten Fall kann ein Vergleich mit den Zählungen des Bestandes nur eines ergeben, nämlich wie gross die Beweglichkeit der Bevölkerung ist. Im zweiten Fall dagegen ist es möglich, die wandernde Bevölkerung als solche der überhaupt vorhandenen gegenüberzustellen und sie unter denselben Gesichtspunkten zu charakterisieren, nach denen die moderne Statistik die Aufnahmen allgemeiner Volkszählungen untersucht, und zwar in der Weise, dass man letztere zum Vergleich heranzieht.

Der Verwirklichung dieses theoretisch aufgestellten Zieles stehen aber in der Praxis weitgreifende Hindernisse entgegen, die zweierlei Art sind. Einerseits werden überhaupt nicht alle Ein- und Austritte

einer Beobachtung unterworfen, andererseits entgehen auch von denen, welche man aufnehmen will, eine grosse Zahl der Feststellung.

Die Aufenthalte sind der allerverschiedensten Art. Denken wir uns Spaziergänger, welche die Stadt verlassen und dahin zurückkehren, oder die zahllosen Leute aus der Umgebung, welche in die Stadt vielleicht täglich, vielleicht in grösseren Abständen kommen, um dort, sei es zu arbeiten, sei es Produkte abzusetzen, bezw. Einkäufe zu machen. Eine weitere Klasse sind diejenigen, welche in die Städte kommen, um dort einige Tage zu bleiben, also die Reisenden oder Fremden im engeren Sinn. Diesen nahe stehen Leute, welche zu längerem Aufenthalt kommen, ohne die Absicht zu haben, dauernd in der Stadt zu verweilen; und endlich kommen diejenigen, welche in die Städte ziehen und damit zugleich den örtlichen Mittelpunkt ihrer gesamten Lebensbeziehungen, ihren »Wohnsitz«, dahin verlegen.

Für die Bevölkerung der Stadt kommen die verschiedenen Bestandteile der Zu- und Wegziehenden in verschiedenem Grade in Betracht. Es wäre vielleicht sehr wissenswert, wie beschaffen jene Teile sind, welche, ausserhalb der Stadt wohnend, täglich in derselben anzutreffen sind. Auch der rein zufällige Bestand an Fremden ist nicht ohne Interesse. Aber leider ist eine Kenntnis aller Wanderungen nicht möglich, da nur gewisse Teile derselben von öffentlichen Aufnahmen erfasst werden.

Einerseits ist nämlich in zahlreichen, wohl den meisten, deutschen Städten und vorab in den grossen, nach polizeilicher Verordnung jeder, welcher zu dauerndem Aufenthalte ankommt oder nach solchem verzieht, verpflichtet, sich an- bezw. abzumelden; andererseits aber ergeben die Volkszählungen, sobald bei ihnen die Art des Aufenthaltes und die Gebürtigkeit der einzelnen Individuen ermittelt wird, darüber Aufschluss, wie viel Zugezogene sich in der Bevölkerung finden, und wie viele derselben nur zu ganz vorübergehendem Aufenthalt anwesend sind. Dass sie auch die Feststellung der Wanderungsdifferenz ermöglichen, ist schon erwähnt worden.

Die polizeilichen Meldungen haben den Zweck, alle diejenigen zur Kenntnis der Ortsbehörde zu bringen, welche zu dauerndem Aufenthalte daselbst eintreffen, bezw. nach solchem wegziehen (»die dauernd und auf unbestimmte Zeit Aufenthalt nehmen wollen«). In der Praxis kommt es wohl darauf hinaus, dass zur Meldung diejenigen gelangen, welche nicht im Gasthaus Wohnung nehmen, — diese werden besonders registriert —, sondern in einem Privathaus und zwar für eine derartige Dauer, dass es ihnen einerseits ihrer Beschäftigung wegen wünschenswert sein muss, der Ortspolizei bekannt zu sein, während sie andererseits Gefahr laufen, bei der Kontrolle der Polizei in die Meldestrafe zu verfallen.

So werden sich am wenigsten diejenigen der Meldung entziehen, welche einen Wohnsitzwechsel beabsichtigen. Sie sind aber nicht die einzigen, welche gemeldet werden. Würde sich der Begriff des Aufenthaltes im Sinne der Polizeiverordnung mit dem des Wohnsitzes decken, dann wäre zu behaupten, dass so ein Teil der Wanderungen bekannt wird, welcher für sich allein interessant genug ist, um besonders untersucht zu werden. Allein es kommen in unbestimmter Menge solche Meldungen hinzu, die längeren, aber nicht dauernden Aufenthalten entsprechen, wogegen die andern oben erwähnten Klassen von Wandernden ausscheiden.

Auch bei der Auswahl der polizeilich Gemeldeten verliert mithin das über die Wanderungen im allgemeinen Gesagte nicht seine Kraft. Insbesondere kehrt auch hier der Gegensatz zwischen Aufenthalt und Individuum wieder.

Vielleicht wäre man geneigt, zu glauben, dass die Möglichkeit mehrfacher Aufenthalte derselben Person mehr theoretisch als praktisch vorhanden ist, das wäre aber weit gefehlt; es gibt eine Unzahl von Personen, die innerhalb vergleichsweise kurzer Fristen — ganz abgesehen von der Dauer von Zählungsabschnitten — zu mehrfacher Meldung gelangen.

Das beste Beispiel dafür sind wohl in den Universitätsstädten die Studenten, bezw. überhaupt die in Berufsvorbereitung begriffenen Personen. Weitaus die Mehrzahl derselben ist nicht das ganze Jahr am Orte anwesend, sondern verbringt die Ferien in der Heimat. Der Student wird also in diesem Falle im Verlaufe eines Jahres zweimal an- und abgemeldet. Dass solches wirklich geschieht, lehrt die einfache Thatsache, dass in Berlin jährlich weit mehr Personen in der Gruppe »Berufsvorbereitung« zur Anmeldung gelangen als durchschnittlich in der Bevölkerung überhaupt vorhanden sind. Aehnliche Verhältnisse wiederholen sich, wenn auch nicht in diesem Umfang, bei andern Berufszweigen. Eine nicht geringe Zahl von Menschen zieht Jahr für Jahr in die Grossstädte, um dort nur eine gewisse »Saison« über zu verbleiben. Man denke an die Bauhandwerker, welche im Frühjahr kommen, im Spätjahr wieder verziehen; und andererseits die Leute, welche den Winter in der Stadt verbringen, den Sommer aber auf ländlichen Besitzungen. Ferner gibt es ja sogar einzelne Industriezweige, welche nur eine gewisse Jahreszeit hindurch betrieben werden, wie z. B. in der Zuckerindustrie die »Zuckerkampagne« beweist. Auch von den im Sommer der Stadt entfliehenden Sommerfrischlern gelangt wohl ein Teil, wenn auch ein sehr geringer, zur polizeilichen Meldung.

Von ausserordentlichen Gelegenheiten, welche ziemlich grosse Bevölkerungsteile zu kurzem, aber doch im polizeilichen Sinne meldepflichtigen Aufenthalt in die Stadt ziehen, wie Ausstellungen, Feste und

dgl., soll nicht weiter geredet werden, da sie in der grossen Menge unbeachtet bleiben.

Aber auch so ist die Zahl der Menschen lange nicht erschöpft, welche mehrfach in Zu- und Wegzug vorkommen, man denke z. B. an die vielen Dienstboten, welche ankommen, sich anmelden und keine Stelle finden. Sie ziehen sofort wieder weg und erscheinen mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zum nächsten »Ziel« wieder. Aehnlich diejenigen, welche ihre Stelle nach wenigen Monaten wieder verlieren. Und wie häufig dieses Vorkommnis ist, mag aus der einen Thatsache ersehen werden, dass am 1. Dezember 1880 in Berlin 39 472 weibliche Dienstboten gezählt wurden, die als Zuzugszeit 1876 bis 80 angegeben haben, während in diesen 5 Jahren nicht weniger als 86 782 zuziehende weibliche Personen sich als Dienstboten angemeldet haben. Gewiss mögen von diesen ja eine grosse Zahl andere Beschäftigung gesucht und gefunden haben, viele mögen inzwischen geheiratet haben. Ferner sind gewiss nicht wenige als neuzuziehend gemeldet worden, die lediglich ihre Stelle wechselten, ohne die neue Herrschaft veranlassen zu wollen, bei der alten Erkundigungen einzuziehen. Immer aber wird sich die Differenz nur erklären, wenn man unsere Annahme berücksichtigt.

Diese Beispiele, welche sich leicht noch vermehren liessen, stellen klar, dass bei Beschränkung auf die meldepflichtigen Aufenthalte der Gegensatz zwischen Aufenthalt und Individuum (Person) keineswegs wegfällt, wenn auch natürlich zuzugeben ist, dass er bedeutend abgeschwächt erscheint. Es gilt also auch hier ganz dasselbe, was bei Gelegenheit der Betrachtung der Wanderungen im allgemeinen gesagt wurde, nämlich ein Vergleich der polizeilich Gemeldeten mit bei Volkszählungen Ermittelten ist ausgeschlossen[1]).

1) Unlogisch ist es, von den Resultaten der polizeilichen Meldungen auf irgend welche Charakterzüge der in Wanderung begriffenen Individuen Schlüsse zu ziehen. Denken wir uns z. B., es seien die letzteren bei einer bestimmten Stadt zur Hälfte im Alter von 15 bis 30 Jahren gestanden, und es sei ferner die Beweglichkeit dieser Altersstufen im Vergleich zu den übrigen doppelt so stark, d. h. in derselben Zeit, da auf ein Individuum der Altersstufe 15/30 zwei Anmeldeakte kommen, treffe auf ein Individuum der andern Stufen durchschnittlich nur ein solcher, so wird nach der Statistik der polizeilichen Meldungen nicht bloss die Hälfte der Wandernden als 15 bis 30jährig erscheinen sondern $^2/_3$. Das gleiche würde sich vielleicht im Verhältnis der Einzelstehenden zu den im Familienverbande Lebenden herausstellen oder im Verhältnis der beiden Geschlechter. Es wäre ja gar nicht so undenkbar, dass Männer und Frauen in der Gesamtzahl der wandernden Individuum sich verhielten wie 6 : 4, aber durch die viel stärkere Beweglichkeit des männlichen Geschlechtes, die auch statistisch erkennbar ist (ohne jedoch messbar zu sein), in der Proportion 7 : 3 oder gar 3 : 1 erschienen. Noch viel erheblicher macht sich die Mangelhaftigkeit fühlbar, wenn man auf Beruf und Arbeitsstellung eingeht. Wir

Uebrigens ist dieser rein logische Einwand keineswegs der einzige, der einer Verwendung der Ergebnisse der polizeilichen Meldungen entgegensteht. Ein rein praktischer Mangel, den die letzteren an sich tragen, kommt hinzu, nämlich die Ungenauigkeit und Unzuverlässigkeit.

Vielfach hat man bemerkt, dass unter den als neuzugezogen Angemeldeten sich auch nicht wenige befanden, welche lediglich von einem Stadtteil in den andern gezogen waren.

Gesetzt jedoch, wir könnten von diesem Punkte absehen, so würde auch dann aus den polizeilichen Ermittelungen sich noch nicht einmal über die Beweglichkeit der Bevölkerung ein Urteil gewinnen lassen. Dazu wäre unerlässlich, dass sich die Meldungen wesentlich mit denjenigen Wanderungsakten decken, welche zu dauernder Wohnsitzverlegung führen. Wir sahen, dass solches nicht zutrifft. Störend ist auch, dass die zum aktiven Militärdienst einberufenen Mannschaften nicht der Meldung unterworfen sind.

Ferner aber ist keinerlei fester Schluss darüber möglich, in welchem Umfang der durch die Polizeiverordnungen ausgesprochenen Meldepflicht thatsächlich Folge geleistet wird.

Eine Prüfung der Meldungen an der Hand der Wanderungsdifferenzen, welche sich beim Vergleich von Volkszählungen und Standesregisterführung ergeben, lehrt vor allem, dass regelmässig weit weniger Menschen aus den Wanderungen als dauernder Zuwachs der Bevölkerung verbleiben, als es aus einem Vergleich der geschehenen An- und Abmeldungen hervorzugehen scheint; es ergibt sich also, dass die Abmeldungen weit häufiger versäumt werden als die Anmeldungen. Ob letztere annähernd vollzählig sind, steht dahin. Das grössere Interesse des Zuziehenden an seiner Meldung, sowie die höhere Wirksamkeit des

---

haben gesehen, wie gerade nach Berufen die Beweglichkeit ausserordentlich verschieden ist. Dass es unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsstellung nicht anders sein wird, ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Geselle und Handwerksmeister, Lohnarbeiter und Fabrikherrn bezw. Fabrikbeamten u. s. w.

Immer wird also das Prozentverhältnis merklich verschoben und ein Vergleich mit Zählungsergebnissen zur Unmöglichkeit gemacht. Aus dem Dilemma, ob eine Grösse auf die Stärke der Beweglichkeit der betreffenden Klasse oder auf die wirkliche Anzahl der wandernden Individuen zurückzuführen ist, lässt sich eben gar nicht herauskommen.

Nichtsdestoweniger findet sich diese Begriffsverwirrung fortwährend. Böckh (1875 Heft 3. S. 16 ff.; Bewegung der Bevölkerung S. 85 f.) hätte diesen Zusammenhang um so eher berücksichtigen sollen, als er ja selbst findet, dass jedes Jahr z. B. mehr Studenten in Berlin als zugezogen angemeldet werden, als sich jemals dort befinden. Nicht minder anfechtbar ist die Aufstellung Neefes (Bresl. Stat. X. 393. 437 ff. u. a.), welcher die im J. 1885 Gemeldeten bezüglich des Berufes den bei der Berufszählung vom 2. Juni 1882 gefundenen Erwerbsthätigen gegenüberstellt. Ueber Lackner vgl. folgende Seite Anm. 1.

vorhandenen Zwanges und der Kontrolle scheinen dafür zu sprechen. Trotzdem kann natürlich nur behauptet werden, dass sowohl An- wie Abmeldungen Minimalzahlen enthalten, von denen nur die ersteren der Wirklichkeit bedeutend näher kommen.

Wie nahe sie der Wirklichkeit kommen, lässt sich auch nicht schätzungsweise bemessen. Dadurch aber geht sehr viel verloren. Denn wir haben nicht das Recht anzunehmen, dass in allen Zählungsperioden diese Annäherung die gleiche gewesen sein wird. Im Gegenteil; es ist sogar wahrscheinlich, dass die Vollständigkeit der Meldungen von Zeit zu Zeit bedeutend geschwankt hat.

Noch weniger Sicherheit besteht für einen Vergleich von Ort zu Ort. Soll man annehmen, dass die Handhabung der Polizeivorschrift in Düsseldorf eben so genau ist wie in Berlin, oder in Breslau wie in München? Das Gegenteil geht hervor aus dem sehr verschiedenen Masse, in welchem die Differenz der An- und Abmeldungen und die Wanderungsdifferenz von einander abweichen. Also auch zu einer Bemessung der Intensität des im Wege der Wanderung erfolgenden Bevölkerungswechsels lassen sich die polizeilichen Meldungen so gut wie gar nicht verwerten [1]).

---

1) Ein Beispiel mag zeigen, zu welchen Schlüssen die von uns verworfene Betrachtungsweise zu führen vermag.

Anlässlich der Zu- und Wegzugsveränderungen, die Lackner auf dem Material seiner Magdeburgischen Polizeimeldungen aufbaut, — die übrigens wegen der Beimischung eines nicht unerheblichen Prozentsatzes von Umziehenden (also in der Stadt verbleibenden) noch besonders unzuverlässig sind —, verfällt der genannte Verfasser der Magdeburgischen Statistik in nachstehende Schlussfolgerungen. (Magdeb. Statistik III. S. 73 ff.)

Er findet, »dass beim männlichen Geschlecht die Handwerker, also die für einen bestimmten Beruf vorgebildeten und darin thätigen Personen, weitaus in erster Linie stehen; dieselben bilden allein nicht viel weniger als die Hälfte der Zu- und Fortziehenden. Ihnen folgt weit dahinter mit nicht einem Sechstel der Gesamtzahl, also nur ungefähr einem Drittel der Handwerker, der Anteil der Arbeiter, d. h. derjenigen, welche entweder überhaupt keine berufsmässige Vorbildung genossen haben, oder aus irgend einem anderen Grunde für die bessere und im allgemeinen lohnendere Thätigkeit nicht mehr tauglich sind. . . Das charakteristische bei dieser Behandlungsweise ist aber die auffallende Uebereinstimmung der Berufsverhältnisse innerhalb jedes Geschlechtes bei den Zu- und Fortziehenden. Wenn hier auch die bloss Umziehenden im ausgleichenden Sinne mitwirken, indem ihre An- und Abmeldezettel naturgemäss absolut übereinstimmende Verhältnisse ergeben müssen, so bilden dieselben einen viel zu kleinen Teil der Wandernden, als dass sie etwa wirklich bestehende Unterschiede überdecken und unsichtbar machen könnten. Sie bilden jedenfalls weniger als ein Zehntel der Wanderungen (?), so dass sie etwaige Berufsunterschiede nie ausgleichen können. Wir ersehen also aus unserer Tabelle uneingeschränkt die Thatsache: Der wirtschaftliche Charakter der Zuziehenden ist ganz derselbe, wie

b) Das Verhältnis von Zugezogenen und Einheimischen in den Grossstädten.

Nach Ausscheidung des auf den polizeilichen Meldungen beruhenden Materials sind wir bei Untersuchungen der Wanderungen ganz auf die Ergebnisse der Volkszählungen beschränkt. Wie schon ausgeführt, verschaffen sie uns einerseits die Kenntnis der sog. Wanderungsdifferenz, andererseits aber tragen sie zur Ermittelung der Wanderungen bei durch die Aufnahme des Geburtsortes der einzelnen Personen und die so entstehende Scheidung der Bevölkerung in Einheimische, d. h. am Ort des Aufenthaltes Geborene und Zugezogene, d. h. ausserhalb Geborene.

Selbstverständlich wird nur ein sehr geringer Teil der Wanderungen im weitesten Sinne des Wortes von dieser Scheidung richtig getroffen. Die vielgestaltige Bewegung zwischen der Stadt einerseits und den Vororten und dem Landgebiete andererseits, die durch ihre tägliche Wiederholung eine so grosse Rolle im gesamten Wirtschaftsleben der Stadt spielt, fällt ganz ausser Betracht, da alle diese Leute, welche zur Stadt kommen, um dort zu arbeiten oder Produkte abzusetzen, im Zählungsmoment abwesend sind. Für Berlin soll sich ihre Zahl auf etwa 120 000 belaufen, wie man sieht, ein erheblicher Teil der ganzen Bevölkerung. In gewissem Sinne ist dieses Ausfallen aber auch ein Vorzug, da dem verschiedenen Gewicht, das die Vororte für die einzelnen Städte haben, etwas entgegengearbeitet wird. Wichtiger aber sind folgende Mängel: Erstens fallen diejenigen weg, welche am Ort geboren sind, aber längere Zeit ausserhalb ihren Wohnsitz gehabt haben und darnach wieder zurückgekehrt sind; sie erscheinen als Einheimische. Zweitens, und im Gegensatze zu diesen stellen sich viele als Zugezogene dar, welche zwar auswärts geboren, aber nach kurzer Frist an den jetzigen Aufenthaltsort verzogen sind.

der der Fortziehenden; die soziale Beschaffenheit der Bevölkerung wird also durch die Wanderungen — bisher wenigstens — nicht geändert. Wir haben alle Ursache, uns dieses Ergebnisses zu freuen.«

Es ist wohl nicht nötig, diese Ausführungen im einzelnen zu kritisieren, um ihre Haltlosigkeit darzulegen. Nur den fundamentalen Fehler, welcher in der Gegenüberstellung der »Handwerker« und der »Arbeiter« im Sinne Lackners besteht, möchte ich besonders hervorheben. Schon diese Bezeichnungen ermangeln der nötigen Schärfe. Der Verfasser hätte allen Grund gehabt, den Irrtum zu vermeiden, als ob sich hier selbständiger Kleingewerbetreibender und Fabrikarbeiter gegenüberstehen. Die Scheidung in gelernte und ungelernte Arbeiter will ich durchaus nicht als wertlos für eine soziale Betrachtung hinstellen. Aber wie darf man sie auf ein so unsicheres Material, wie es die Angaben der An- und Abmeldezettel sind, aufbauen?

Diesen Mängeln stehen indes wesentliche Vorteile gegenüber: Vor allem ist ein unmittelbarer Vergleich der Ergebnisse mit denen der Zählung im allgemeinen möglich.

Dann aber ist der herausgehobene Teil der Wanderungen gerade der interessanteste, da im grossen und ganzen die Leute als Zugezogene erscheinen, welche zu dauerndem Aufenthalt sich in der Stadt niedergelassen haben. Die Verschiebung der Bevölkerung durch die örtliche Bewegung kommt fast ungetrübt zur Darstellung, so dass wir gerne entbehren werden, dass die Intensität dieser Bewegung uns entgeht.

In Berlin wurde 1875, 1880 und 1885, desgleichen in Hamburg und Breslau 1885, bei Gelegenheit der Zählung auch ermittelt, wann die einzelnen Personen zugezogen sind und zwar sollte das Jahr des letzten Zuzugs angegeben werden.

Hier ergibt sich dann weit mehr aus den Antworten, als wenn man bloss die Fremdgeborenen von den Ortsgebürtigen trennt. Allerdings ist damit auch wieder manche Ungenauigkeit verknüpft.

Vorab kann man die Frage der Zuzugszeit auch an die Ortsgebürtigen richten, und so würde man dann erfahren, wer von diesen längere Zeit ausserhalb des Geburtsortes gewohnt hat und in diesem Sinne als zugezogen gelten kann. Aber die geschehenen Erhebungen haben klargestellt, dass nach dieser Seite die Ergebnisse fast wertlos sind. Denn die Zahl derjenigen Ortsgebürtigen, welche diese Frage beantwortet hat, ist jeweils so gering gewesen, dass man ohne weiteres sie als gänzlich unzuverlässig erkennen musste. Man kann diesen Teil der Zugezogenen ganz ausser Acht lassen.

Uebrigens geht aus dem über die polizeilichen Meldungen ausgeführten deutlich hervor, dass viele der Zurückgekehrten, und vielleicht noch mehr der Auswärtsgeborenen, eine ganze Anzahl von Zuzugsjahren anzugeben hätten. Da wird man kaum behaupten können, dass die Bestimmung »Jahr des letzten Zuzugs« alle Zweifel entfernt. Nicht der letzte Zuzug, etwa im Sinne der Anmeldung, wird dabei angegeben worden sein, sondern im grossen und ganzen werden die Antworten das Jahr bezeichnen, in dem der Zugezogene endgültig seinen Wohnsitz nach der betreffenden Stadt verlegt hat [1]).

---

1) Beiläufig mag darauf aufmerksam gemacht werden, dass Böckh hier auch für den Fall, dass man seine Anschauungen bezüglich der Zuverlässigkeit der polizeilichen Meldungen und ihrer Verwertbarkeit für eine Charakterisierung der wandernden Bevölkerung teilt, einen Missgriff begeht, wenn er die Zahl der polizeilich in einem bestimmten Jahr Gemeldeten mit der Summe derjenigen vergleicht, welche dasselbe Jahr als Zuzugsjahr angegeben haben. Er findet dabei, dass ausserordentlich grosse Teile derselben, namentlich auch der jüngsten Jahrgänge, schon wieder weggezogen sind; doch vergisst er vollständig, dass eine nicht zu unterschätzende Quote

Neben diesen Resultaten der Geburtsortsstatistik hinsichtlich der Zuwanderung kann — allerdings nur in bescheidenem Umfang — aus derselben auch etwas über den Wegzug Ortsgebürtiger wenigstens aus den drei Städten Berlin, Hamburg und Bremen ausgesagt werden.

Es wurde nun zunächst für die Bevölkerung der Grossstädte aus den Zählungsabschnitten von 1871, 1880 und 1885 ermittelt, wie viele jedes Geschlechtes am Ort geboren sind, wie viele ausserhalb. Leider aber haben sich dabei für Strassburg (gänzlich), für Nürnberg, Dresden, Chemnitz und Stuttgart (teilweise) Lücken ergeben.

Die Umstände, von denen ein starkes Hervortreten des Zuzugs abhängt, sind recht zahlreich. Nur auf einige wichtigere Momente sei hier besonders hingewiesen, zunächst auf den Einfluss der Vorortsentwicklung. Aus den verschiedensten Erscheinungen entspringend lässt er sich in der Gesamtwirkung dahin zusammenfassen, dass bei Hinzuziehung der Vororte der Prozentsatz der Ortsgebürtigen sich erhöht, dass also andererseits bei Beschränkung auf das eigentliche Stadtgebiet die Zugezogenen in der Bevölkerung etwas zu stark hervortreten. Beim Vergleich mit weitbegrenzten Städten ist also dieser Umstand zu berücksichtigen [1]).

---

ein früheres Jahr bei der Zählung als Zuzugsjahr angegeben hat, also ganz ruhig in Berlin weilt, während der Zählungsbericht diese Leute als Material benützt, um die Ruhelosigkeit der Bevölkerung zu beweisen. Nimmt man gar insbesondere das Jahr der Zählung selbst heraus, so muss dieser Prozentsatz sehr erheblich sein.

Neefe (Bresl. St. XII. S. II. 29.) sucht den Ungenauigkeiten dieses Vergleiches zu entgehen, verfällt aber in eine nicht minder empfindliche, wenn er die bei der Zählung Gefundenen einer bestimmten Zuzugsperiode zur Differenz der An- und Abgemeldeten jener Periode in Beziehung setzt. Es ist nicht recht abzusehen, was dieser Vergleich bezwecken soll, da ja doch nicht bloss Zugewanderte und gar noch aus der gleichen Periode auswandern.

1) Man wäre vielleicht geneigt, das Gegenteil anzunehmen, indem man davon ausginge, dass die Vororte allgemein ein viel stärkeres Wachstum zeigen als die Städte selbst, mithin bei ihnen eine grössere Zuwanderung anzunehmen sei. Dagegen ist aber anzuführen, dass ein nicht unerheblicher Teil des Zuzugs auf den Abfluss aus der Stadt in die Aussenorte kommt. Viel wichtiger noch ist, dass in den Vororten die Familien viel stärker gegenüber den Einzelstehenden vertreten sind als in der Stadt. Bei jeder Auszählung der Schlafleute, der Dienstboten und der Aftermieter findet sich diese Thatsache. So kommt es, dass in den Vororten ausserordentlich viel mehr Angehörige der Altersklassen 0 bis 15 gefunden werden als solche der Altersklassen 15 bis 30, während das Verhältnis in der Stadt sich umkehrt. Ein Beispiel möge das klarstellen. Von 1000 Personen der Bevölkerung von 1885 kamen auf nebenstehende Altersklassen in:

	0 bis 15	über 15 bis 30	0 bis 30
Leipzig-Stadt	276	355	631
Leipzig-Land (Vororte)	391	275	666

Ausserdem wirkt insbesondere das Mass der Geburtenhäufigkeit und der Sterblichkeit auf das Verhältnis der Zugezogenen zu den Ortsgebürtigen ein. Nehmen wir z. B. an, es seien in einer Stadt gleichviele der einen wie der andern Art vorhanden, und es sei vorläufig eine Veränderung durch Wanderung nicht zugelassen, so wird sich das Gleichgewicht lediglich durch Geburten und Sterbefälle alsbald verlieren. Die Neugeborenen treten auf Seite der Ortsgebürtigen, die Verstorbenen — normalerweise ja geringer an Zahl — werden nur zum Teil, wenn auch wegen der verschiedenen Altersabstufung (Kindersterblichkeit) zum weit überwiegenden Teil, von den Einheimischen abzuziehen sein. Hohe Geburtenfrequenz verbunden mit nicht zu hoher Sterblichkeit drängt also den Anteil der Zugezogenen zurück, während umgekehrt ein relatives Ueberwiegen der Sterblichkeit, insbesondere aber eine grosse Kindersterblichkeit die Einheimischen zurücktreten lässt [1]). Der Schluss aus den Verhältniszahlen auf die Stärke der Wanderungen wird so wesentlich getrübt.

Endlich soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, dass eine starke Garnison naturgemäss eine Verschiebung zu Gunsten der Eingewanderten verursacht. Die Militärpersonen sind fast ausschliesslich Zugezogene, da nur wenige am Orte ihres bürgerlichen Wohnsitzes dienen. Die eigenen Kinder der Städte scheiden dafür aus

---

Da nun naturgemäss die noch nicht 15jährigen fast ausschliesslich aus Ortsgebürtigen bestehen, unter den 15 bis 30jährigen dagegen sich überwiegend Zugezogene befinden (und zwar in der Stadt mehr als in den Vororten), diese Altersklassen zusammen aber in unserem Beispiel $^2/_3$ der Bevölkerung umfassen, so muss eine Zuziehung der Vororte eine Erhöhung des Prozentsatzes der Ortsgebürtigen bewirken.

Eine untergeordnete Rolle spielt daneben auch der Umstand, dass in den Vororten Geborene so auf die Seite der Ortsgebürtigen treten.

Nachstehende Zahlen mögen die Thatsache belegen: es waren unter 1000 Personen der Bevölkerung 1885 in folgenden Städten bezw. Stadtkreisen Ortsgebürtige bezw. Kreisgebürtige:

	Magdeburg	Altona	Frankfurt
Stadt allein	418	394	349
Stadtkreis	471	410	417

Für Hamburg findet sich scheinbar 1880 das Gegenteil, doch ist das wohl auf ungenaue Angaben zurückzuführen, da die Angabe »Hamburg« immer als Stadt gezählt wurde, während man nicht sicher sein kann, ob darunter nicht viele Personen auch das Staatsgebiet verstanden haben. Auch käme es auf die Zurechnung Altonas an.

1) Auf die Abhängigkeit der Sterblichkeit von der Geburtenfrequenz ist schon hingewiesen worden. Geringe Sterblichkeit beruht regelmässig darauf, dass in der Zahl der Todesfälle die Zahl der gestorbenen Kinder gering ist. Ob das aber auf geringer Anzahl der Kinder überhaupt oder auf geringer Sterblichkeit der vorhandenen zurückzuführen ist, vermögen unsere Zahlen nicht zu entscheiden.

den Reihen der Ortsgebürtigen aus, welche Verminderung aber alle unsere Grossstädte ungefähr in gleichem Masse trifft[1]).

Wir führen hier auf, welche Anteile der Bevölkerung der einzelnen Grossstädte in den Jahren 1871 und 1885 auf die Auswärtigen entfielen.

Von 1000 Köpfen des betreffenden Geschlechts, bezw. der Bevölkerung überhaupt, waren in nebenstehenden Städten und nachstehenden Volkszählungsjahren ausserhalb des Aufenthaltsortes Geborene:

	männliche		weibliche		Bevölkerung überhaupt	
	1871	1885	1871	1885	1871	1885
Königsberg	561	587	499	551	529	568
Danzig	511	522	406	446	457	483
Berlin	586	580	538	573	564	576
Stettin	630	629	549	587	591	608
Breslau	596	575	564	576	580	576
Magdeburg (Stadtkreis)	575	560	450	497	516	529
Halle	539	576	478	530	509	553

1) Die aktiven Militärpersonen machten an obenstehenden Zählungsterminen in nebenstehenden Städten Promille der Bevölkerung im Ganzen (bezw. der männlichen Bevölkerung allein) aus.

Städte	1871	1880	1885
Königsberg	51 (107)	48 (97)	49 (105)
Danzig	61 (124)	59 (121)	55 (115)
Berlin	22 (45)	18 (37)	16 (33)
Stettin	53 (104)	48 (96)	40 (81)
Breslau	23 (47)	17 (36)	17 (37)
Magdeburg	58 (108)	48 (94)	42 (83)
Halle	11 (21)	9 (18)	15 (30)
Altona (Stadtkreis)	22 (45)	17 (35)	15 (31)
Hannover	73 (139)	43 (87)	45 (90)
Frankfurt a. M.	20 (40)	13 (27)	11 (24)
Krefeld	0.0	0.0	0.0
Düsseldorf	44 (87)	31 (64)	28 (56)
Elberfeld	0.0	0.0	0.0
Barmen	0.0	0.0	0.0
Köln	41 (81)	39 (79)	36 (72)
Aachen	14 (28)	12 (26)	12 (26)
München	39 (81)	27 (56)	26 (55)
Nürnberg	31 (61)	21 (43)	21 (43)
Dresden	43 (88)	39 (80)	36 (77)
Leipzig	11 (22)	12 (24)	19 (38)
Chemnitz	15 (28)	16 (33)	15 (30)
Stuttgart	28 (55)	31 (65)	30 (63)
Hamburg m. V.	4 (9)	3 (6)	3 (5)
Bremen	8 (17)	6 (13)	6 (12)
Strassburg	88 (170)	91 (176)	94 (185)

	männliche		weibliche		Bevölkerung überhaupt	
	1871	1885	1871	1885	1871	1885
Altona (Stadtkreis)	605	601	575	580	590	590
Hannover	654	623	578	603	618	612
Frankfurt a. M. (Stadt)	616	651	593	652	604	651
Krefeld	338	385	349	399	344	392
Düsseldorf	502	525	451	494	477	510
Elberfeld	404	418	393	418	398	418
Barmen	420	373	419	391	420	383
Köln	463	476	422	444	442	460
Aachen	380	370	373	380	376	376
München	591	631	560	621	575	625
Nürnberg	511	?	446	?	479	?
Dresden	?	614	?	602	555	608
Leipzig	619	663	556	626	588	644
Chemnitz	?	?	?	?	503	?
Stuttgart	676	?	623	?	650	?
Hamburg o. V.	457	?	397	?	427	?
Hamburg m. V.	434	500	386	472	410	485
Bremen	441	441	397	428	418	433

Die zahlreichen Einflüsse, unter welchen diese Verhältniszahlen stehen, machen es wohl notwendig, genauer ins einzelne gehend dieselben zu besprechen, um Fehlschlüsse, die man auf sie gründen könnte, zu vermeiden.

Besonders stark — gegen $^2/_3$ der Bevölkerung umfassend — treten die Zugezogenen an folgenden Orten hervor: Leipzig, (Stuttgart), Frankfurt, Hannover und München. Schon bei Betrachtung des Wachstums im allgemeinen nahmen diese Städte eine hohe Stelle ein, hier sehen wir, dass vor allem die Zuwanderung dieses ermöglicht. Aber nicht ganz gleich sind die übrigen Umstände, welche die vorliegenden Zahlen beeinflussen. An Vorortsbevölkerung übertrifft Leipzig die andern beträchtlich, wodurch seine Relativzahlen künstlich gehoben werden. Ebenso wirkt in München die hohe Kindersterblichkeit, welche den grössten Teil der Neugeborenen alsbald hinwegrafft und so die Ortsgebürtigen in der Bevölkerung zurückdrängt. So kommt es, dass die allgemein gefundene Bevölkerungsvermehrung nicht ganz den hier gegebenen Zahlen entspricht, sofern die Entwicklung Münchens viel schwächer ist, als nach ihnen zu vermuten wäre.

Als eine zweite Gruppe können Stettin, Dresden, Altona, Berlin, Breslau und Königsberg zusammengefasst werden. Hier sind jedoch die Verschiedenheiten noch weit beträchtlicher. Stettin verdankt seinen hohen Rang offenbar zum Teil der eigentümlichen Stadtumgrenzung. Auch die Garnison und ein ungünstiges Verhältnis von Geburten und Todesfällen tragen zu einem Uebergewicht der Zugezogenen bei. Diese Thatsachen wirken so stark, dass eine allzu grosse Einwanderung wohl gar nicht vorhanden ist, eine Annahme, die auch durch die keineswegs

erhebliche Zunahme der Oderstadt gestützt wird. Immerhin könnte letzteres auch durch eine grössere Wegwanderung Einheimischer (und Fremder) herbeigeführt sein. Ganz anders steht es in Dresden und Berlin. Hier treten die Vororte mehr in den Hintergrund, mittlere Geburtenzahl, verbunden mit mittlerer Sterblichkeit, lässt ein ziemliches Anwachsen der Bevölkerung auf natürlichem Wege zu. Darnach können sich die Verhältniszahlen unserer Tabelle nur so erklären, dass beide Städte einen recht starken Zuzug erfahren. Zieht man in Betracht, dass in Dresden die Garnison bedeutend hervortritt, nicht aber in der Reichshauptstadt, dass ferner die Zunahme in letzterer viel erheblicher ist, als in der sächsischen Residenz, so erscheint das Einströmen fremder Elemente nach Berlin in noch grellerer Beleuchtung. Ein wenig mag auch vielleicht in Betracht kommen, dass die Wegwanderung aus Dresden eher stärker sein wird als aus Berlin.

Einer Beurteilung der Verhältnisse Altonas steht die eigentümliche Nahestellung der beiden Schwesterstädte Hamburg und Altona entgegen. So bleiben in dieser Gruppe Breslau und Königsberg übrig. Ihnen ist gemeinsam eine sehr ungünstige Proportion von Geburtenfrequenz und Sterblichkeit, die an München erinnert. Die Garnison fällt in Königsberg ins Gewicht, tritt dagegen in Breslau zurück. Nimmt man ferner das allgemeine Wachstum der Bevölkerung hinzu, so ergibt sich für Breslau eine ziemlich starke Zuwanderung, während Königsberg eine solche nur in engern Schranken aufweist. Andererseits darf vermutet werden, dass in beiden Städten, besonders aber in Breslau, die Wegwanderung von einiger Bedeutung ist.

Weniger zahlreich als in den bisher berührten Orten sind die Zugezogenen in Halle, Magdeburg, Nürnberg, Düsseldorf, Hamburg und Danzig, denen Chemnitz sich anzureihen scheint. Was zunächst Danzig angeht, so findet sich dort eine sehr starke Militärbevölkerung, das Verhältnis von Geborenen und Gestorbenen ist sehr ungünstig. Wenn trotzdem die Einheimischen in der Bevölkerung viel mehr hervortreten als sonst im Osten, so kann das nur auf einer sehr geringen und wenig nachhaltigen Zuwanderung beruhen. Jenes auffallende Zurückstehen der Entwicklung der Weichselstadt erklärt sich so vollkommen. Bei Magdeburg und Halle würde man vermöge der starken Garnison dort bezw. des bedeutenden Hervortretens der Hochschüler hier eine grössere Vertretung der Zugewanderten vermuten, indes steht diesem Faktor auf der andern Seite ein ziemliches Uebergewicht der Geborenen über die Gestorbenen, — das auf geringe Kindersterblichkeit deutet —, entgegen, so dass man immerhin noch eine beträchtliche Zuwanderung wird annehmen müssen; wiederum bestätigt auch hier das allgemeine Anwachsen der Bevölkerung, insbesondere in den letzten 10 bis 15 Jahren, diese Thatsache. Nürnberg zeigt in allem mittlere Verhältnisse.

Hamburg, Düsseldorf und Chemnitz leiten uns schon zu denjenigen Städten über, in welchen die Einheimischen das entschiedene Uebergewicht innerhalb der Bewohnerschaft haben; es sind das Köln, Bremen und die rheinischen Industrieorte.

Greifen wir zunächst die beiden Seestädte heraus, so wird ihre Stellung in dieser Reihe einigermassen befremden. Bei der enormen Entwicklung, die besonders Hamburg seit dem Anfang der 60er Jahre erfahren hat, sollte man vermuten, dass ihm die überschüssige Bevölkerung ebenso zuströme, wie etwa Berlin oder Leipzig. Namentlich fällt der Gegensatz gegen Hannover auf Aber augenscheinlich ist die Anziehungskraft Hamburgs oder aber die entsprechende Hinneigung bei der umwohnenden Bevölkerung keine allzu mächtige. Erinnern wir uns der geringen Zunahme, welche unser Hauptseehandelsplatz erfuhr im Vergleich zu so vielen Binnenstädten, und nehmen wir hinzu, dass das Anwachsen auf natürlichem Wege nicht gering ist, so muss offenbar die Zuwanderung in Hamburg lange nicht die Rolle spielen als anderswo. Freilich stehn unsere Zahlen ja auch unter dem Einfluss der Thatsache, dass in Hamburg die Garnisonsstärke weit hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. Wenn man aber andererseits anführen wollte, dass bei gemeinsamer Aufstellung für Hamburg und Altona diese Zahlen sich ändern würden, so befände man sich im Irrtum [1]). Vielleicht erklärt sich der mässige Zuzug aus der Bevölkerungsentwicklung und den Besitzverhältnissen in den umliegenden Landesteilen. Schleswig-Holstein und Hannover haben viel geringere Geburtenfrequenz als die meisten andern Teile des Reiches, ferner besteht bei ihnen überhaupt eine dünnere Besiedelung. Die Landwirtschaft befindet sich grossenteils in den Händen eines kräftigen, darum auch fest ansässigen Bauernstandes, der wohl weniger Elemente nach den Städten, also insbesondere nach Hamburg-Altona schickt. Die Gebiete des Grossgrundbesitzes liegen schon ferner. Für Bremen gelten alle diese Umstände in verstärktem Masse, fast ebenso geringe Militärbevölkerung, stärkere natürliche Zunahme, grössere Entfernung von den Ländern des Grossgrundbesitzes. So erklärt sich, dass dort die Ortsgebürtigen in überwiegender Anzahl den Zugewanderten gegenüberstehen.

Ein ganz eigentümliches Bild gewähren die sechs rheinischen Grossstädte. Abgesehen von Düsseldorf überall ein starkes Ueberwiegen

1) Von den 104 717 Bewohnern, die Altona (Stadt ohne Ottensen) im J. 1885 zählte, waren 41 237 in der Stadt geboren, weitere 1220 in Ottensen und 7533 in Hamburg (Staat), so dass für die Zugezogenen 523 °/₀₀ übrig blieben (gegen 590 °/₀₀, wie sich für den Stadtkreis allein ergab). Hamburg (mit Vororten) zählte 485 °/₀₀ Zugezogene, welche Zahl sich um die in Altona Geborenen noch vermindern würde, so dass äusserstenfalls bei gemeinsamer Berechnung 490 °/₀₀ Zugezogene anzunehmen wären.

der Einheimischen. Namentlich ist die Stellung Kölns auffallend. Bei seiner ausserordentlich starken Vorortsbevölkerung, seinem bedeutenden Militärstand und dem ungünstigen Verhältnis, in dem dort Geburten und Sterbefälle stehen, sollte man ein starkes Ueberwiegen der Zugezogenen annehmen. Ist dieses doch nicht vorhanden, so weist das auf sehr geringe Zuwanderung hin. In abgeschwächtem Masse wiederholen sich hier die Beobachtungen, zu denen Danzig Anlass gab; auch Köln steht im Grade seines Bevölkerungswachstums hinter den meisten andern Städten — selbst unter Berücksichtigung der Vorortsentwicklung — zurück. Anders liegen die Dinge in Düsseldorf. Obwohl dort keine Vorortsbevölkerung vorhanden ist, obwohl es ein günstiges Verhältnis von Geborenen und Gestorbenen aufweist, welches eine stetige natürliche Vermehrung der Einheimischen zulässt, treten diese weit mehr zurück als in Köln und den übrigen rheinischen Orten. So muss eine bedeutende Zuwanderung vorhanden sein. Es hat den Anschein, als ob es seinen Rivalen am Unterrhein immer mehr den Rang ablaufen und sich zum Mittelpunkt unseres grössten Industriebezirkes machen werde.

Die reinen Industrieorte der Rheinprovinz haben die geringste Zuwanderung zu verzeichnen. Das stimmt ja auch mit einigen bisher gemachten Beobachtungen überein. Ihre Zunahme, im einzelnen schwankend, war im ganzen keine erhebliche. Und dabei verfügen diese Städte über einen grossen Zuwachs auf natürlichem Wege, da ihrer hohen Geburtenfrequenz eine vergleichsweise geringe Sterblichkeit gegenübersteht. Freilich würde letzterer Umstand, verbunden mit der Thatsache, dass diese Orte — abgesehen von Aachen — keine Garnison haben, das Uebergewicht der Einheimischen erklären. Darüber jedoch, dass die Zuwanderung gering ist, kann ein Zweifel nicht bestehen. Erwägt man indes, wie stark sich diese Orte untereinauder Konkurrenz machen, wie ferner in ihrer näheren und weiteren Umgebung viele Städte mittlerer Grösse liegen, die ebenfalls wandernde Elemente an sich ziehen, wie endlich auch das platte Land viel Industrie treibt und darum wohl die eigene Bevölkerung an sich zu halten vermag, so wird die geringe Wanderung verständlich. Allerdings diejenige Vorstellung, als ob in unseren Industriebezirken der ausserordentlich wechselnde Arbeitsmarkt die Bevölkerung gewaltig durcheinanderschütteln müsste, kann neben diesen Thatsachen nicht bestehen [1]). Selbst wenn man annehmen wollte, dass die Zuziehenden insbesondere wieder stark dem Wegzug unterliegen würden, und zwar mehr als in den östlichen Städten, könnten die Bevölkerungserscheinungen dieser Industrieorte nicht erklärt werden.

1) Sogar der Bevölkerungsaustausch zwischen den Schwesterstädten an der Wupper kann nicht sehr bedeutend sein.

Ob es im Königreich Sachsen, als unserem zweitgrössten gewerblichen Bezirke, anders ist, lässt sich nicht bestimmt festgestellen, da für Chemnitz nur die Verhältniszahl des Jahres 1871 vorliegt; immerhin glaube ich, vermuten zu dürfen, dass dort — schon wegen der grösseren Zuwanderung aus den anstossenden Ländern — sich eine geringere Sesshaftigkeit der Bevölkerung zeigt[1]).

Schauen wir zurück auf diese Ergebnisse der Geburtsortsaufnahmen, so sehen wir im grossen und ganzen ein bedeutendes Uebergewicht der auswärts Geborenen, das bei manchen Städten, deren Vororte in innigem Bevölkerungsaustausch mit dem Mittelpunkt stehen, auf $^3/_5$ bis nahe $^2/_3$ steigt. Im übrigen zeigt der Osten mehr Auswärtige als der Westen und zwar zum Teil wegen der höheren Kindersterblichkeit, zum Teil wegen intensiverer Einwanderung. Die westlichen Gebiete scheinen überhaupt ein solches Einströmen der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung nach den Grossstädten nicht zu kennen, teils weil die Bevölkerung durch Landbau, teils weil sie durch industrielle Arbeitsgelegenheit mehr gebunden wird.

Dass sich männliches und weibliches Geschlecht sehr unterscheiden, wird nicht auffallen. Regelmässig und besonders an Orten mit starker Garnison ist der Prozentsatz der Fremdgeborenen bei den Männern erheblich höher als bei den Frauen, so in Königsberg, Danzig, Stettin, Magdeburg, Halle, Köln, Leipzig, Stuttgart und Hamburg. An andern Orten dagegen ist der Unterschied ziemlich gering, oft sogar, besonders im J. 1885, kommt eine gleich starke bezw. sogar stärkere Vertretung der Auswärtigen beim weiblichen als beim männlichen Geschlecht zustande, so in Breslau, Frankfurt, Krefeld, Elberfeld, Barmen und Aachen, also in Orten, wo überhaupt die weibliche Bevölkerung bedeutend überwiegt, sei es wegen der grossen Zahl von Dienstboten, sei es wegen der zahlreichen weiblichen Industriearbeiterinnen, denen keine namhaften Garnisonen gegenüberstehen.

Ueberall ist seit 1871 in dem Verhältnisse von Einheimischen und Auswärtigen eine zum Teil erhebliche Verschiebung eingetreten. Meistens hat sich zwischen 1871 und 1885 der Anteil der Auswärtigen gehoben, nur Breslau, Hannover, Barmen und Aachen zeigen eine entgegengesetzte Schwankung. Zu dieser Vermehrung der Fremden hat aber das weibliche Geschlecht weit mehr beigetragen, als das männliche. Besonders in Königsberg, Halle, Frankfurt, Krefeld, München, (wohl auch Nürnberg), Leipzig und Hamburg ist das der Fall, und nur in Barmen findet sich eine Verminderung im Anteil der Auswärtsgeborenen unter den Frauen.

1) Sollte man für Strassburg, welche Stadt allein gänzlich fehlt, Vermutungen aufstellen, so kann man jedenfalls sagen, dass schon allein die Garnison (94 ‰ der Bevölkerung) ein Uebergewicht der Zugezogenen wahrscheinlich macht. Im übrigen aber steht die Zuwanderung wohl unter dem Durchschnitt der andern Städte.

Beim männlichen Geschlecht ist der Rückgang viel häufiger zu verzeichnen, so in Berlin, Stettin, Breslau, Magdeburg, Altona, Hannover, Barmen und Aachen. Jedenfalls ist das Wachstum viel geringer als etwa beim weiblichen Geschlecht.

Meist ist diese Verschiebung von 1871 bis 1885 eine sehr schwankende gewesen. Fassen wir das Jahr 1875 ins Auge, wo freilich nur in wenigen Städten eine Statistik nach dem Geburtsort aufgestellt wurde, so haben diese in 1875 mehr Auswärtsgeborene gezählt als 1871, im Jahr 1880 aber finden sich niedrigere Anteile; indes Königsberg, Danzig und Stettin zeigen höhere Anteile, was mit der schon oben gemachten Beobachtung übereinstimmt, dass die Zunahme dieser Städte nicht dem allgemeinen Gange folgt. Das Gleiche gilt für Halle, dann für Krefeld, Elberfeld, München, Nürnberg, Dresden, Leipzig, Hamburg und Bremen; für die einzelnen Geschlechter aber stellte es sich derart verschieden, dass beim männlichen meist auch in diesen Städten für 1880 im Vergleich zu 1871 eine Verminderung eintritt, beim weiblichen hingegen viel häufiger noch die Zunahme in diesen neun Jahren vorhanden war.

Das Jahr 1885 zeigt dann durchweg eine, zum Teil erhebliche, Steigerung der Auswärtsgeborenen, von der nur das männliche Geschlecht in München eine Ausnahme macht, da es sich völlig gleichblieb.